GENDER
OPEN
REPOSITORIUM

Rassismus, Klassenverhältnisse und Geschlecht an deutschen Hochschulen : Ein runder Tisch, der aneckt

Gutiérrez-Rodríguez, Encarnación; Ha, Kien Nghi; Hutta, Jan; Kessé, Emily Ngubia; Laufenberg, Mike et al.

2016

https://doi.org/10.25595/2355

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Gutiérrez-Rodríguez, Encarnación; Ha, Kien Nghi; Hutta, Jan; Kessé, Emily Ngubia; Laufenberg, Mike et al.: *Rassismus, Klassenverhältnisse und Geschlecht an deutschen Hochschulen : Ein runder Tisch, der aneckt*, in: Zeitschrift Suburban, Jg. 4 (2016) Nr: 2/3, 161-190. DOI: https://doi.org/10.25595/2355.

Erstmalig hier erschienen / Initial publication here: https://doi.org/10.36900/suburban.v4i2/3.262

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY NC ND 4.0 Lizenz (Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/legalcode.de

Terms of use:

This document is made available under a CC BY NC ND 4.0 License (Attribution - NonCommercial - NoDerivates). For more information see:

https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/legalcode

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

Debatte
2016, Band 4, Heft 2/3
Seiten 161-190
zeitschrift-suburban.de

Ein Gespräch zwischen Encarnación Gutiérrez-Rodríguez, Kien Nghi Ha, Jan Hutta, Emily Ngubia Kessé, Mike Laufenberg und Lars Schmitt.

Rassismus, Klassenverhältnisse und Geschlecht an deutschen Hochschulen

Ein runder Tisch, der aneckt

Encarnación Gutiérrez-Rodríguez, Kien Nghi Ha, Jan Hutta, Emily Ngubia Kessé, Mike Laufenberg und Lars Schmitt

Während die Diskussion um Geschlechterverhältnisse an deutschen Hochschulen seit längerem – wenn auch meist auf Fragen der Gleichstellung beschränkt – geführt wird, ist eine Auseinandersetzung mit rassistischen Strukturen von Studium, Lehre und Einstellungsverfahren nach wie vor randständig. Auch Klassenverhältnisse werden gemeinhin nicht unter Labels wie ‚Gleichstellung' oder ‚Diversität' gefasst, sie prägen die Hochschullandschaft aber auch seit den Reformen der 1970er Jahre noch stark. In welchem Verhältnis steht die (mangelnde) Auseinandersetzung mit Rassismus zu Diskussionen um Geschlechter- und Klassenverhältnisse? Welche Auswirkungen hat die zunehmend wettbewerbsorientierte Steuerung der Hochschulen auf unterschiedliche Machtformen und Teilhabemöglichkeiten? Und welche Formen des praktischen Umgangs und der politischen Intervention können ausgehend von verschiedenen Positionen der Marginalisierung entwickelt werden?

Diese und weitere Fragen hat Jan Hutta von der s u b \ u r b a n -Redaktion in einem virtuellen runden Tisch fünf Wissenschaftler_innen gestellt, die sich mit verschiedenen Facetten von Rassismus sowie Klassen- und Geschlechterverhältnissen an (nicht nur) deutschen Hochschulen beschäftigen. Encarnación Gutiérrez-Rodriguez, Kien Nghi Ha, Emily Ngubia Kessé, Mike Laufenberg und Lars Schmitt haben Erfahrungen mit Machtverhältnissen nicht nur in ihrem jeweiligen Arbeitsalltag am eigenen Leib gemacht, sie haben auch eine Reihe von Studien und Analysen veröffentlicht, die den Ausgangspunkt des Austauschs bildeten.[1] Das Gespräch wurde auf einem Online-Text-Pad über den Zeitraum eines Monats geführt. Dabei wurde den Fünf jeweils eine Einstiegsfrage gestellt, in deren Anschluss sich nach und nach an mehreren Stellen des Pads Gesprächsfäden entsponnen. Dadurch entstand ein komplexer, nicht-linearer Gesprächsverlauf, der anschließend durch Verschiebungen, gezielte Nachfragen, Ergänzungen und editorische Überarbeitung in eine kohärentere Form gebracht wurde. Dabei wurde zugleich die Notwendigkeit deutlich, verschiedene der begonnenen Gesprächsfäden über diesen runden Tisch hinaus weiterzuführen.

Jan Hutta (JH): Nghi, Du hast kritisiert, dass die Ausgrenzung von People of Colour (PoC) an deutschen Hochschulen gegenwärtig nicht nur nicht abgebaut, sondern durch die selektive Sichtbarmachung kultureller Diversität im Zuge von Internationalisierungsprozessen zusätzlich übertüncht wird. Was läuft falsch?

Kien Nghi Ha (KNH): Um diese Frage sinnvoll zu beantworten, ist es zunächst nötig historisch ein wenig auszuholen, um den gesellschaftspolitischen Kontext klarer zu machen. Wenn wir über Rassismus als strukturelles Problem an deutschen Universitäten sprechen, fällt zunächst auf, dass dieses Thema bis in die allerjüngste Vergangenheit eben kein Thema war. Die akademische Auseinandersetzung mit Rassismus erschöpfte sich im Grunde in einer Politik der Externalisierung, die im besten Falle rassistische Strukturen in der Gesellschaft zu erkennen vermochte, sich aber blind zeigt, wenn es um eigene Privilegien, Ressourcen und Arbeitszusammenhänge geht.

In den 1960er Jahren wurden Klassismus und Sexismus als zentrale Grundlagen westlicher Universitätssysteme verstärkt kritisiert. Im Zuge der kulturellen wie politischen Veränderungen wuchs in der Folgezeit die gesellschaftliche Bereitschaft, über die Reformierung der Hochschulpolitik nachzudenken. Dabei erwies sich nach langen Kämpfen vor allem die Genderperspektive bis in die Gegenwart hinein als politisch und institutionell durchsetzungsfähig und veränderte in begrenztem Maße durchaus die Strukturen und ihre Spielregeln. Obwohl Frauenförderungspolitiken zur Korrektur historischer Ungleichheits- und Exklusionsverhältnisse emanzipatorische Gehalte aufweisen, besteht kein Grund, die damit verbundenen Fallstricke und Auslassungen zu idealisieren. Da koloniale, rassistische wie klassenbasierte Zusammenhänge in der bürgerlich dominierten Debatte um die Universität als Ort der männlich geprägten Wissensproduktion von Anfang ausgeblendet wurden, hat der Fokus der Frauenförderung in ihrer bestehenden Form in erster Linie Weißen bürgerlichen Frauen bessere Chancen für akademische Karrieren ermöglicht. Diese Entwicklung sollte meines Erachtens im Sinne einer Repräsentation gesellschaftlicher Normalität auch nicht per se verteufelt werden. So eingeschränkt diese Diversifizierung auch ist: Es hat seine Berechtigung, wenn Weiße Frauen auch in den oberen universitären Hierarchieebenen breiter aufgestellt sind, da der alte Status Quo noch rückständiger war.

Auf der anderen Seite ist es aber auch notwendig, die Schattenseiten dieser Entwicklung ernst zu nehmen und die Diskussion darum nicht als ‚Neid-Debatte' zu diskreditieren. Es wäre wichtig, den analytischen und politischen Blick für Strukturen und Machtverhältnisse in ihren unterschiedlichen Dimensionen zu schärfen. Es ist ja kein Zufall, dass in dieser Debatte so gut wie nur Weiße Subjekte vorkommen und die Universität scheinbar als Weißer Ort gedacht wird. In Bezug auf die politische Kultur in der Gesellschaft und an den Unis zeigen sich somit ganz deutlich die Grenzen der Wahrnehmung, der Identifikationsfähigkeit und der Anerkennung. Zumindest die Fragen und Probleme der Weißen Subjektkonstituierung, ihrer Identitätspolitik und hegemonialen Repräsentation haben sich auf der dominanten Seite bisher keineswegs überlebt.

Die Universität als soziales, politisches und kulturelles Feld ist intersektional durchzogen und formiert sich durch verschiedene Machtachsen, die

unterschiedlich hegemonial sein und auch in Widerspruch zueinander stehen können. Was als relevant, problematisch oder weiterführend gedacht wird, wird durch eine Brille Weißer Subjektivität gesehen, die ihrerseits durch Machtstrukturen der Kolonialität (in-)formiert werden. Kein Wunder also, dass die Interessen und die gesellschaftlichen Bedürfnisse von Communities of Color nicht im Zentrum standen, als irrelevant galten und unsichtbar gemacht wurden. Ich denke daher, dass es unerlässlich ist, Struktur und Fokus in der Geschichte der bundesdeutschen Hochschulpolitik in der heutigen Diskussion nicht zu vergessen. Es ist nicht nur eine Frage des neoliberalen Ökonomisierungsdrucks und des rassistischen Mainstreams: Auch die Weiße akademische Linke hat ebenso wie Weiße feministische Bewegungen ihren Anteil am Prozess der Weißwaschung der Universität. Das ist, wie die Folgewirkungen der 1968er-Bewegung und wie die Kolonialität der Moderne, nicht nur national zu denken, sondern muss auch in einem globalen Zusammenhang kontextualisiert werden.

In diesem Rahmen argumentiere ich, dass die werbewirksame Herausstellung der kulturellen Internationalität deutscher Universitäten der historischen Struktur der Missachtung von Rassismus als immanentem Bestand der westlichen Wissensproduktion in der kolonialen Moderne folgt. Anstatt die vielfältigen Bezüge zwischen Rassismus als gesellschaftliches Verhältnis und der Universität als sozialem Arbeits- und Lernort zu thematisieren, wird mit einer glattpolierten Imagepolitik eigennützig für das eigene Renommee im internationalen Wettbewerb um wissenschaftliche ‚Exzellenz' geworben. Auf diese Weise verschwinden rassistische Beziehungsmuster in den akademischen Hierarchien hinter bunten Fassaden. Die Ausgangsmotivation der Internationalisierung ist eine effizientere und selektive Verwertung kultureller Diversität in der neoliberalen Universität, zielt aber nicht auf eine nachhaltige Gleichstellung in der deutschen Migrationsgesellschaft ab. Falls diese Entwicklung langfristig anhält, lassen sich solche nicht primär intendierten Effekte wahrscheinlich trotzdem nicht vermeiden, da viele ausländische Studierende und Wissenschaftler*innen als eigensinnige Migrant*innen der ersten Generation agieren und bis zu einem gewissen Grad Zugänge öffnen und Strukturen aufbrechen werden. Aber wir sprechen hier von Dekaden und Best-Case-Szenarien.

Es wäre fahrlässig, die Frage der Internationalisierung der Universität mit dem Problem der Gleichstellung und der gesellschaftlichen Repräsentation minorisierter Menschen und rassifizierter Communitys zu verwechseln. Diese Menschen sind meist hier aufgewachsen und verfügen nicht notwendigerweise über eigene Migrationserfahrungen. Angesichts der realen Ausschlüsse entlang rassifizierter Grenzziehungen und den gesellschaftlichen Machtstrukturen, die sich natürlich auch im akademischen Raum abbilden, ist eine Diskussion über Gleichstellung und Anti-Diskriminierung von rassistisch ausgeschlossen Gruppen notwendig, um kurz- und mittelfristig Wirkungen erzielen zu können. Es ist damit zu rechnen, dass diese Debatte nicht leicht wird und heftige Abwehrreflexe zu Tage treten werden – wie immer, wenn über die Verteilungsgerechtigkeit knapper gesellschaftlicher Ressourcen neu verhandelt wird und marginalisierte Gruppen institutionelle Mitspracherechte einfordern. Wie das hegemoniale Eigenbild der ach so liberalen und aufgeklärten Universität derzeit aussieht, kann sich jede*r ausmalen: Selbst nach dem PISA-Schock (2000) blieben im Zuge der sich bahnbrechenden Debatte über fehlende Chancengleichheit im deutschen

Bildungssystem die gesellschaftlichen Ungleichheiten und Ausgrenzungen an deutschen Universitäten gänzlich ausgespart. Die gar nicht so implizite Nachricht lautete, dass eine Debatte über den Abbau von Zugangsbarrieren und institutionelle Öffnung überflüssig sei. Diese Reaktion lässt bestenfalls auf eine weitverbreitete Ignoranz und Verantwortungslosigkeit schließen. Klar ist jedoch, dass ein weiteres Totschweigen dieses Problems nicht mehr möglich ist, weil die Widerstände wachsen. Jede/r, der/die halbwach im Unibetrieb unterwegs ist, weiß, dass marginalisierte Migrant*innen und People of Color an deutschen Unis bisher entsprechend ihrem gesellschaftlichen Stellenwert randständig positioniert sind und dieser Sachverhalt nicht haltbar ist.

Emily Ngubia Kessé (ENK): Nghi, ich finde es sehr hilfreich, dass du aufzeigst (und uns daran erinnerst!), dass Rassismus jahrhundertelang nicht Teil des Diskurses im universitären Kontext (generell) war, und noch viel weniger in Deutschland und an deutschsprachigen Universitäten. Rassismus war aber trotzdem nie abwesend. Gerade an der Universität wurde Rassismus gerechtfertigt und in ein wissenschaftlich abgesichertes, biologisches ‚Ding' transformiert. Du hast auch die feministische Wissenschaft angeführt, als einen Ort, an dem *weiße* Identität im Zusammenhang mit Gender und Subjektstatus verhandelt und innerhalb einer Rhetorik der Gleichheit angesiedelt wurde. Hier möchte ich gern hinzufügen, dass die Universität historisch gesehen der Ort war, an dem Gesellschaften bestimmte Menschen dafür ‚angestellt' haben, die Welt, in der wir leben, zu beschreiben. Soll heißen, Akademiker_innen spielen eine wichtige Rolle dabei, die Gesellschaft mit einer Handhabe dafür auszustatten, wie Menschen ihre eigenen Lebensrealitäten artikulieren oder über sie nachdenken können. (Ein Beispiel hierfür wäre, wie sehr Ideen von Hegel und Kant Teil des Alltagswissens geworden sind.) Rassismus wurde natürlich nicht an der Universität erschaffen, sondern ist immer schon ein Teil westlicher Gesellschaften gewesen, in denen Privilegien und die kapitalistische Kontrolle über Ressourcen von der Versklavung und Kolonialisierung Anderer abhingen. Die Universität hat jedoch eine bedeutende Rolle dabei gespielt, Rassismus zu rechtfertigen und Ungleichverteilungen von Macht zu intellektualisieren. Race, beziehungsweise biologisierte menschliche Differenz, war eines der Instrumente, das dazu verwendet wurde, die Unterordnung nicht-*weißer* Anderer sowie die Ausbeutung ihrer Arbeitskraft und Ressourcen zu rechtfertigen. Die Universität ist dabei der Ort, an dem *weiße* Identität kontinuierlich neu definiert, transformiert und artikuliert wurde. (Damit meine ich, sie ist ein Ort der Formalisierung, Standardisierung und Akademisierung *weißer* Normen.) Sie ist auch ein Ort, der eine maßgebliche Rolle dabei eingenommen hat, eine *weiße* Weltanschauung als die zentrale Perspektive auf Lebensrealitäten und Erfahrungen zu etablieren. Die Universität nährt kulturelle Vorstellungen und Symbole und hilft der Gesellschaft dabei, exkludierende Vorurteile, Normen und Stereotype zu stabilisieren.

> *„Die Universität hat jedoch eine bedeutende Rolle dabei gespielt, Rassismus zu rechtfertigen und Ungleichverteilungen von Macht zu intellektualisieren."*

Die Bereitschaft, die Universität in Bezug auf Gender und Class zu reformieren, war nur deswegen vorhanden, weil klar wurde, dass manchen (*weißen*

Anderen) zu Unrecht diese öffentliche Ressource (hier bedeutete öffentlich zumeist *weiß*) vorenthalten wurde. Diese Debatten fanden vor dem Hintergrund der Rhetorik von Gleichberechtigung und Gleichheit statt, wobei ein ‚Recht' auf die Teilhabe an Privilegien und Ressourcen sozusagen nicht grundsätzlich in Frage gestellt wurde. Im Falle rassistisch motivierter Ausschlüsse wird Gleichwertigkeit grundsätzlich in Frage gestellt und verwehrt und somit ein ‚Recht' auf verfügbare Ressourcen verweigert und nicht einmal verhandelt. ‚Rechtmäßiger Besitz' wird von kolonialen Hierarchien konstruiert, die Weißsein Besitz zuweisen, als ‚rechtmäßiger Besitzer des Landes' (ich denke hier an die Arbeit von Cheryl Harris 1993). Hochschulreformen werden somit dann ‚verhandelbar', wenn dieser Besitztumsgrundsatz sichergestellt ist, und zwar durch die Zugehörigkeit zum System *weißer* Dominanz, wo Weißsein der unbenannte Standard und Normstatus ist. Für mich ist klar, dass meist nur in diesen Kontexten (wo *weiße* Andere ausgeschlossen werden) Class und Gender allgemeiner theoretisiert und thematisiert worden sind.

JH: Ngubia, das schließt auch direkt an dein Buch eingeschrieben. *Zeichen setzen gegen Rassismus an deutschen Hochschulen* (2015), an, in dem du ein facettenreiches Bild der Ausgrenzungen und Abwertungen zeichnest, mit denen Schwarze Student_innen und Student_innen of Colour an deutschen Universitäten konfrontiert sind – wenn sie denn einen Studienplatz erhalten. Schwarzen und PoC wird – auf subtile oder sehr direkte Weise – vermittelt, dass sie in einer *weißen* Institution fehl am Platz seien. Welche Mechanismen sind dabei besonders mächtig?

ENK: Ich denke, dass einer der machtvollsten Mechanismen, die anhaltende Rassifizierungen an der Universität fördern, deren unverhohlene Verleugnung ist. Neoliberale *weiße* westliche deutsche Hochschulen verkaufen den Mythos, sie seien ‚offen' und würden aktiv in Richtung Inklusion arbeiten. Dabei tragen sie sogar eine naive bis gekünstelte Freude dabei zur Schau, Student_innen mit einem internationalen Hintergrund zu ‚inkludieren'. (Und natürlich zeigt allein die Idee, dass es ein ‚wir' gibt, das inkludieren kann – also über die Kriterien für Inklusion entscheidet –, deutlich die verborgenen Machtdynamiken auf, die diesen politisch umkämpften Raum formen.)

In gewisser Weise macht es die Rhetorik von Diversity und Internationalisierung (für die Hochschulleitung) schwierig zu akzeptieren oder sich überhaupt vorzustellen, dass eine ‚liberale' und ‚zivilisierte' Institution, an der sich die größten Kaliber des Bildungsbürgertums befinden, überhaupt dazu in der Lage wäre zu rassifizieren – meist verstanden als Ausschluss (als ob Bildung Rassismus ‚austreiben' würde). Eine solche Einstellung beruht auf einem falschen Verständnis, wonach Rassismus als ‚unbegründete, schlecht informierte negative Einstellungen', die den ‚bildungsfernen Schichten' eigen seien, definiert oder imaginiert wird. Die Kategorie ‚Class' wird hier instrumentalisiert, um die bürgerlichen Eliten vom Rassismus zu distanzieren. Rassismus von den *weißen* hegemonialen Machtstrukturen loszulösen, die Weißsein systematisch auf ein Podest erheben und mit unverdienten Privilegien ausstatten – dieser Mechanismus ist der unbenannte Übeltäter: *Weiße* Überlegenheitsansprüche übersetzen sich in das alltägliche Leben – über Denken/Gedanken, Handlungen, Verhalten, Strukturen der In- und

Exklusion, kulturelle Werte – um nur einige Ebenen zu nennen. Ich denke, ich will hier darauf hinaus, dass die Ent-Wahrnehmung und Ent-Nennung oder auch die Maskierung von Rassismus (wenn Rassismus z. B. als Resultat individueller Gefühle definiert wird) und ebenso dessen Loslösung von *weißen* Privilegien, aus denen heraus dieser ja erst entsteht –, dass dies zusammengenommen der machtvollste Mechanismus dafür ist, Rassismus an deutschen Universitäten aufrecht zu erhalten. Denn so wird es beispielsweise unmöglich für Universitäten, eine rassistische Situation als solche anzuerkennen. Und das macht es auch schwierig für eine Universität, deren Grundpfeiler auf imperialistischen kolonialen Werten fußen, wahrzunehmen, dass sich ihre Werte von Grund auf aus dieser Vorstellung von *weißer* Überlegenheit nähren, selbstverständlich einschließlich der Epistemologien, die sie hervorbringt. Da du nicht etwas bekämpfen kannst, dessen Existenz du verleugnest oder das du dich weigerst anzuerkennen, sind durch diese luxuriöse Ignoranz alle Voraussetzungen dafür erfüllt, systematischen Rassismus an der Universität zu schüren und aufrecht zu erhalten. Verantwortung entsteht erst dann, wenn sich eine_r für zuständig erklärt, und Deutschland befindet sich aktuell in einer andauernden Phase der Verleugnung und zeigt sich unfähig, seine Jahrhunderte kolonialistischer Gräueltaten einzugestehen.

Lars Schmitt (LS): Vielen Dank für diese wichtige Erläuterung von Zusammenhängen, Ngubia. Nicht nur, dass Du die Verwendung von ‚Offenheit', ‚Inklusion' und ‚Diversity' als ‚Verkaufs-Mythen' entlarvst, sondern Du thematisierst auch die Machtfrage, wer eigentlich wie inkludieren darf und wer mitmachen muss. Ebenso interessant ist, wie Du beschreibst, dass so aus Rassismus fast beschönigend Exklusion wird. Exklusion ist die Position der ‚Opfer' und lenkt einerseits ab von rassistischen Strukturen, Repräsentationen, Handlungen und deren Normalisierungen und andererseits von Verbindungen auch zur (Bildungs-)Bourgeoisie.

Ich sehe hier eine Parallele zu dem, was ich an Verschleierungen im akademischen Feld ausmache. Inklusion und Diversity ließen sich nahtlos in meine Liste an „Dethematisierungsinstrumenten von Ungleichheit" einfügen, wie ich das an anderer Stelle auch versucht habe (Eickhoff/Schmitt 2016). Eine bestimmte Art, über Diversity und Inklusion zu reden, ist ein sehr nachhaltiges Instrument, eigene Privilegierungen des Weißseins, Männlich-Seins, Bildungsbürgerlich-Seins nicht zu hinterfragen. In den Schilderungen von Studierenden bei den Selbstsozioanalysen in meinen Seminaren werden Rassifizierungsprozesse zwar deutlich, aber eben fast nur aufseiten der rassistisch Diskriminierten. Umso wichtiger ist es bei Erzählungen von Personen mit jeweils dominanten (nicht nur) Habitusanteilen (*weiß*, männlich,…) dann, in einem halbwegs geschützten Rahmen, im Kollektiv, diese Mechanismen aufzudecken. Dies wird vermutlich nie ganz ohne Scham und Beschämung ablaufen können.

Encarnación Gutiérrez-Rodriguez (EGR): Danke, Nghi, dass du uns daran erinnert hast, dass rassistische Ausschluss- und Diskriminierungsmechanismen bis vor kurzem an der Universität in Schweigen gehüllt wurden. Außerdem gefällt mir deine Beobachtung sehr, Ngubia, dass Class und Gender in Bezug auf *weiße* Andere „allgemeiner theoretisiert

und thematisiert worden sind“. Und Lars, ich stimme dir zu: Rassismus im Unterricht wird meistens von denen thematisiert, die ihn selbst erfahren. In der europäischen Hochschullandschaft bleibt Rassismus bis heute ein ‚besonderes‘ Untersuchungsobjekt, während sein konstitutiver Charakter für die Konfiguration der Gesellschaft, wie du sagst, größtenteils abgestritten wird. Ngubia, du sprichst vom permanenten Ableugnen der europäischen Geschichte von Kolonialismus und Versklavung, welche die akademischen Traditionen in der westlichen Hemisphäre genährt haben. Diese Traditionen sind in der neoliberalen Universität noch immer ungebrochen. Die neoliberale Universität kann BPoC[2] teilweise inkludieren, um ihren Kanon zu bestätigen und auszuweiten, ohne dabei das Establishment zu irritieren. Postcolonial Studies, dekoloniale Perspektiven oder als nächstes vielleicht auch ‚institutioneller Rassismus‘ können als Themen in die Lehrpläne aufgenommen werden, indem sie als neues Objekt für Forschung und Studium integriert werden, ohne aber die Mechanismen von Inklusion und Exklusion für das Establishment grundsätzlich in Frage zu stellen. Antirassistische, dekoloniale, feministisch-queere Debatten, die aus sozialen Kämpfen hervorgegangen sind, lassen sich mit der neoliberalen Universität vereinbaren und innerhalb dieser kanalisieren. Das Ergebnis ist dann ‚Diversität‘, ‚Gleichberechtigung der Geschlechter‘ und ‚Chancengleichheit‘. Die neoliberale Universität ist multikulturell, gendersensibel und familienfreundlich – und, wenn es gerade passt, auch postkolonial, dekolonial oder sogar feministisch. Diese Vereinnahmungen kommen von den Akteur_innen, die jetzt die Professuren innehaben. In diesen Prozess ist man verwickelt und muss Fragen aufwerfen bezüglich der Reproduktion von exkludierenden Mechanismen. Es stellt sich demnach die Frage: Wenn alles inkludiert wird, was ist dann das Problem mit der neoliberalen Universität?

Ich war diesen Sommer in Südafrika und habe die Programme für die Transformation des Hochschulwesens kennengelernt, die dort in den letzten zwei Jahrzehnten eingeführt worden sind. Es war beeindruckend zu sehen, wie sich ehemals *weiße* Campus von Eliteuniversitäten gewandelt haben zu solchen, an denen die Zulassung Schwarzer Student_innen beständig steigt, wie beispielsweise an der Free State University, wo sie bereits über 50 Prozent erreicht hat. Diese Generation von Student_innen beansprucht nun (gegen Studiengebühren) die Universität als ihren Ort und verlangt Zugang zur Universität für alle, wirft aber auch Fragen auf zu Lehrplänen, die Rassismus unterbewerten und nicht über europäischen Kolonialismus, Maafa und Siedlerkolonialismus sprechen. Und sie stellt schließlich auch die Frage: „Warum ist mein_e Professor_in nicht Schwarz?“ Dies sind relevante Fragen, die nicht vernachlässigt werden können und die sich auch nicht erledigt haben, wenn der Prozentsatz an BPoC-Wissenschaftler_innen an der neoliberalen Universität von zwei auf 15 Prozent erhöht wird. Die neoliberale Universität kann ihre Attraktivität für ihre potentiellen Klient_innen (Student_innen) steigern, indem sie bei ‚Inklusion‘ ein Häkchen ins Kästchen setzt. Allerdings stehen Erhöhungen von Studiengebühren, die Kommodifizierung von Bildung, die Umformung von Akademiker_innen zu ‚Wissensvermarktern‘ im Widerspruch zur Hochschulbildung als Ort des Lernens, der Reflexion, Analyse, Kritik und des Erforschens für alle.

ENK: Ja, Encarnación, genau deswegen muss sich antirassistischer Aktivismus an Hochschulen die Dekolonisierung der Universität zum Ziel setzen, was bedeutet: Hinterfragen des Kanons, Hinterfragen des traditionell *weißen* Charakters der Universität sowie der *weißen* ableistischen, vergeschlechtlichten Räumlichkeiten und so weiter … Wie du (weiter unten) völlig richtig schreibst: „Rassismus an der Hochschule wird nicht nur darüber beseitigt, dass mehr BPoC eine Anstellung in dieser Institution finden, obwohl dies schon ein großer Erfolg wäre."

Verschleierung und Ent-Wahrnehmung von Rassismus und Klassenverhältnissen

JH: Diese Frage nach Möglichkeiten, Rassifizierungsprozesse und andere Machtformen zu thematisieren und aufzubrechen, finde ich wichtig – darauf werden wir nochmal zurückkommen. Mike, möchtest Du die von Ngubia angesprochene ‚Ent-Wahrnehmung' auch kommentieren?

Mike Laufenberg (ML): Ja, vielen Dank auch von mir, Ngubia, für diesen Einstieg zu den Strategien, mit denen Rassismus in der Hochschule als strukturelles Herrschaftsverhältnis unwahrnehmbar gemacht wird. Und danke auch euch anderen für die vielen weiteren Aspekte und Beispiele, die für mich alle zusammen ein stimmiges Bild ergeben: Ihr alle rückt in euren Ausführungen weniger ein Nicht-Sprechen und ein Schweigen über Rassismus ins Zentrum, sondern fokussiert gerade das Sprechen, genauer: das ‚Wie' des Sprechens als eigentliches Problem. Wenn es um Rassismus, um die koloniale Geschichte der Universität, um die Hochschule als Ort der Reproduktion sozialer Ungleichheiten geht, so besteht das Problem demnach nur zum Teil darin, dass diese Dinge in vielen Fällen immer noch nicht thematisiert und thematisierbar gemacht werden. Zum anderen Teil (und das stellt uns vielleicht sogar vor größere Schwierigkeiten, wenn wir nach kritischen Interventionsmöglichkeiten suchen) besteht das Problem darin, dass die neoliberale Hochschule Wege gefunden hat, über Rassismus zu sprechen, ohne über Rassismus zu sprechen. Und das ist wirklich perfide, weil es dadurch viel besser gelingt, Kritik an Rassismus und an der Kolonialität der Universität zu entkräften oder ganz zu delegitimieren.

Wenn überhaupt Rassismus zum Thema wird, dann, wie Ngubia so treffend beschreibt, als personalisiertes Fehlverhalten, als individuelle Ausnahme. Wer aber auf die Idee kommt, der Universität als Institution Rassismus vorzuwerfen, wird – wie ihr schön verdeutlicht – mit Hochglanzbroschüren über Internationalität, Diversity Management und das rassismuskritische Lehrangebot an Zentren für Migrations- und Geschlechterforschung beworfen. Den Widerspruch zeigst du auf, Encarnación, wenn du betonst, wie kritische Forschung und Lehre von der neoliberalen Hochschule auf diese Weise regelrecht eingesackt, wie sie als progressives Aushängeschild instrumentalisiert und als Wettbewerbsvorteil verwertet wird. Auf diese Widersprüchlichkeit kommen wir bestimmt noch einmal zurück, denn sie verdeutlicht uns ja durchaus auch, dass die neoliberale Hochschule kein monolithischer Block ist, sondern ein Ort, an dem soziale Kämpfe stattfinden; Kämpfe, an denen wir – bei aller Selbstkritik – partizipieren und anscheinend auch partizipieren wollen, weil wir die Bedeutung der Universität als einen

herausragenden Ort für die Reproduktion von Herrschaftsverhältnissen wie Rassismus und Klassismus erkennen – und damit auch für deren Kritik.

Ich würde aber gern noch einen anderen Machtmechanismus ansprechen, der meines Erachtens ebenfalls in die Rubrik Verschleierung und Entwahrnehmung von Rassismus und Klassismus gehört: die Ideologie des Meritokratismus[3]. Der meritokratische Mythos verdeckt die Widersprüchlichkeit bürgerlicher Institutionen wie der Universität, die einerseits ein abstraktes Gleichheitsgebot verkündet, andererseits aber weiterhin auf sozialen Stratifizierungen, auf Rassismus, auf männlicher Herrschaft beruht. Dies gelingt durch eine diskursive und politische Umstellung von der Gleichheitsnorm (engl. *equality*) auf den Wert der Chancengerechtigkeit (engl. *equity*). Wer sich im Bildungssystem dann trotz vermeintlich gleicher Chancen nicht bewähren kann, wer im Konkurrenzkampf um die besten beruflichen Positionen ins Hintertreffen gerät, kurzum, wem der Aufstieg von einer unterprivilegierten in eine privilegierte Position nicht gelingt, war dann entweder nicht begabt genug, oder es mangelte an Ehrgeiz und Fleiß. Ungleichheit erscheint damit als selbstverschuldet und in diesem Sinne auch als gerechtfertigt. Ein wesentlicher herrschaftsverschleiernder Mechanismus der Meritokratie besteht hier darin zu behaupten, es gäbe objektive, neutrale Kriterien dafür, wie sich Leistung messen lässt, etwa das Notensystem oder der Zitationsindex. Doch was als gute Leistung überhaupt wahrgenommen wird, die hier angeblich belohnt werden soll, ist selbst durch Macht- und Dominanzverhältnisse gefiltert und eng auf den Habitus derer abgestimmt, für die die Universität ursprünglich gemacht wurde, die sich in ihr zu Hause fühlen sollen. Es bevorteilt jene, die dem regulativen Ideal einer *weißen* Männlichkeit mit bildungsbürgerlicher Performance entsprechen oder zumindest nahe kommen.

KNH: Danke Ngubia und Lars für eure inspirierenden Dekonstruktionen der universitären Selbstverklärung als Ort des gesellschaftlichen Fortschritts, des machtfreien Diskurses und der kosmopolitischen Weltoffenheit. Ich würde ergänzend sagen, dass diese Diskurse auf ein Janusgesicht hindeuten und die akademische Zurschaustellung als Leuchtturmprojekte auch eine nicht anerkannte dunkle Seite enthält. Mir erscheint es zudem wichtig, das Lokale und Alltägliche mit globalen Strukturen und historischen Dimensionen zu verknüpfen, um nicht nur Ausschnitte, sondern durch eine andere Perspektivität auch ein umfassenderes Bild zu erhalten.

> *„Mir erscheint es zudem wichtig, das Lokale und Alltägliche mit globalen Strukturen und historischen Dimensionen zu verknüpfen."*

Historisch wird das klarer, wenn wir das universitäre Selbstbild in eine größere und längere Geschichte westlicher Überlegenheitsdiskurse und Hegemonialansprüche einbetten. Diese Geschichte ist mit globalen Zivilisierungsmissionen zur ‚Rettung' und ‚Hebung' des außereuropäischen Anderen verbunden, in der solch selbst zugeschriebene Attribute als Legitimationsgrundlage für Versklavung und Kolonialisierung genutzt wurden. Die westliche Wissenschafts- und Universitätsgeschichte ist so stark mit Bezügen zur Rassenkonstruktion und kolonialen Praktiken durchsetzt, dass eigentlich von einer Struktur der ‚wissenschaftlichen Kolonialität' gesprochen werden muss.

Wenn die Anzeichen nicht trügen, dann ist davon auszugehen, dass diese Geschichte sich weiterentwickelt und neue Formen in der Gegenwart ausbildet.

Heute erleben wir, dass bereits die westliche Eigenkonstruktion als freiheitliche, tolerante und demokratische Gesellschaft, deren reinste Form die Universität verkörpert, Auswirkungen auf aktuelle politische Entwicklungen hat. Denn diese Behauptung geht implizit mit dem Vorwurf der Rückständigkeit gegenüber nicht-westlichen Gesellschaften einher, sodass dieser Diskurs offensichtlich Gefahr läuft, koloniale Settings und Hierarchien zu reproduzieren. Gerade anti-muslimische Diskurse finden in binären Weltsichten eine weitverbreitete Grundlage für ihre Überzeugungskraft, die einen grundsätzlichen Gegensatz aufstellt zwischen dem aufgeklärten Westen, der angeblich streng nach rational-wissenschaftlichen Prinzipien organisiert sei, und dem Islam, der das Gegenteil verkörpert. Wenn wir diese Spur weiterverfolgen, stoßen wir auch auf das Phänomen der neoimperialen Kriege etwa im Mittleren Osten und auf die Dynamik zur Aufrechterhaltung, Flexibilisierung und Modernisierung der heutigen neoliberalen Weltordnung – in all diesen Kontexten wäre es spannend zu analysieren, welche Rolle die akademische Wissensproduktion und das westlich zentrierte sowie hierarchisch gegliederte globale Universitätssystem spielen.

Leider finden wir dekoloniale Wissenschaftskritik derzeit nur an den Rändern des westlichen Wissenschaftssystems, während der sozial- und kulturwissenschaftliche Mainstream nach wie vor eurozentristisch ausgerichtet ist. Die Beziehung zwischen Wissenschaft und Kolonialität bildet eine wesentliche Grundlage der westlich dominierten Moderne. Umso absurder und programmatischer ist die Tatsache, dass dieses Thema nach wie vor unterforscht ist. Ich würde mir wünschen, dass die Selbstreflexion über die Eingebundenheit akademischer Institutionen und Wissenschaftspraktiken in kolonialisierende Machtverhältnisse zentral in der Lehre vertreten wäre, und das kann nur durch entsprechende Forschungsschwerpunkte mit entsprechenden Anreizen gewährleistet werden.

LS: Vielen Dank für die erneute Weitung des Blickes, Nghi. Hier zeigt sich auch, was Encarnación und Mike oben beschrieben haben, nämlich wie selbst – nach welcher Façon auch immer – kritische Theorie systemisch vereinnahmt wird. Dies lässt sich nicht nur an der ‚Entwicklungs'-Soziologie zeigen; Beispiele dafür gibt es auch in der Friedens- und Konfliktforschung: So wird bei der ‚Interventionssoziologie' beispielsweise Habitussensibilität aufseiten der intervenierenden Organisationen und Akteur*innen eingefordert. Anwendung fand dies u. a. bei dem militärischen Einsatz in Afghanistan, wobei der Begriff ‚Intervention' ja schon insofern beschönigend ist, weil er suggeriert, dass eine externe Partei, die vermeintlich zuvor nichts mit dem Konflikt zu tun hatte, nun eingreift.

JH: Vielen Dank für diese Verbindungen zu kolonialen und neoimperialen Projekten, Nghi. In der Geographie sind wir mit dieser Eingebundenheit akademischer Praktiken besonders konfrontiert, etwa in nach wie vor stark am Diskurs der ‚Entwicklung' orientierten Forschungen in afrikanischen, asiatischen oder lateinamerikanischen Kontexten. Und als ich in der Vorbereitung einer Lehrveranstaltung vor ein paar Jahren den Abschnitt zu

‚Rasse' in Jürgen Bährs Standardwerk zur Bevölkerungsgeographie (Auflage von 2010!) las, wäre ich fast vom Stuhl gefallen. Dort wird – lediglich durch eine Literaturangabe problematisiert – die angebliche Verteilung verschiedener ‚Rassenkreise' auf der Erde abgebildet. Auch das geographische Format der ‚Exkursion', das standardmäßig in der Lehre eingesetzt wird, hat natürlich eine koloniale Geschichte, die selten reflektiert wird – wobei Exkursionen auch genau zur Auseinandersetzung mit Fragen nach Positionalität und Kolonialität oder auch mit Theorien zu globalen Machtbeziehungen, dependent development oder dekolonialen Epistemologien genutzt werden könnten. Dazu gibt es in den letzten Jahren einige interessante Ansätze, wenn auch nur – wie du schon sagtest, Nghi – an den Rändern.

Ich wollte aber auch nochmal auf die ‚De-Thematisierungsinstrumente', wie Lars es genannt hat, zurückkommen. Lars, du sprichst in Deiner Arbeit auch von ‚verborgenen Mechanismen der Macht' im Sinne von Pierre Bourdieu, mit denen Student_innen aus ‚bildungsferner Herkunft' an deutschen Hochschulen umgehen müssen. Dabei beschreibst du Ängste und Unsicherheiten, die durch Erfahrungen der Nicht-Passung entstehen. Was sagen diese Erfahrungen über das Hochschulsystem aus?

LS: Die Erfahrungen vermitteln (mir) das Bild, dass das Hochschulsystem (nach wie vor oder mehr denn je) unter anderem getragen ist von diesen Mechanismen, die vielleicht sogar Prinzipien sind: ‚Konservierung durch Veränderung' und ‚Verschleierung durch Transparenz'. Damit meine ich, dass der Bologna-Prozess und so mancherlei Aspekte der Ökonomisierung von Hochschulen ja perfiderweise mit dem Anspruch versehen wurden, soziale Ungleichheit zu bearbeiten, sowohl mit Blick auf Verteilungsgerechtigkeit als auch auf Chancengleichheit. Damit lassen sich hervorragend Machtverhältnisse konservieren, während sich auf der Ebene der symbolischen Repräsentationen kaum etwas ändert. Mit Transparenz und Partizipation ist es ähnlich. Hochschulangehörige werden auf verschiedensten Ebenen dazu aufgerufen, Transparenz und Beteiligung walten zu lassen. Wenn dann die Diskursmächtigen ihre Sicht der Dinge als den universellen Blick darauf, eben als ‚die' Transparenz, zu verkaufen in der Lage sind, dann ändert sich nicht nur nichts, sondern Dominanzverhältnisse werden durch die Beteuerung effektiver verschleiert, dass man doch Klarheit und auf der ‚Angebotsseite' die Möglichkeit der Beteiligung hergestellt habe („Ich hatte das doch über den Mail-Verteiler an alle zur Kommentierung geschickt", wäre so ein Beispiel).

Das gilt unabhängig von Mehrheitsverhältnissen. Circa 70 Prozent der Studierenden an der Hochschule Düsseldorf haben zum Beispiel keinerlei Studienerfahrungen in ihrem familiären Umfeld. Das ist auch für eine Fachhochschule ein sehr großer Anteil. Dennoch funktionieren viele Muster auch hier so, dass sie eher klassische akademische Habitus beziehungsweise entsprechendes Verhalten einfordern: zum Beispiel indem die Fähigkeit zu selbstgesteuertem Lernen vorausgesetzt wird, obwohl sich zeigen lässt, dass viele sogenannte Studienpionier*innen genau damit Schwierigkeiten haben, weil die Denkmuster, die sie in ihrem bisherigen Leben gelernt haben und mit Erfolg anbringen konnten, eher auf Kurzfristigkeit ausgerichtet waren. Mit dem Bedarf an (und dem Bedürfnis nach) Anerkennung und mit Selbstzweifeln ist es ähnlich.

EGR: Ich möchte den Punkt der Nicht-Passung in Bezug auf ‚bildungsferne Herkunft', Sexismus und Rassismus aufgreifen. Bei der Thematisierung von institutionellem Rassismus geht es auch um alltägliche Erfahrungen von Diskriminierung. Es geht hier nicht immer um explizit geäußerte Ausschließungsmechanismen. Die Forschung zu institutioneller Diskriminierung an Schulen spricht hier von direkten und indirekten Diskriminierungspraktiken. Indirekte Diskriminierung äußert sich in alltäglichen Interaktionen, in denen bestimmte Menschen zu Projektionsflächen werden, indem sie zu Gegenständen von Gerüchteküchen, von Auslassungs- und Vernachlässigungspraktiken werden. Diese Praktiken tragen dazu bei, dass die Menschen, die zum Blanko dieser subtilen Attacken werden, diskreditiert, ignoriert oder übergangen werden, während diejenigen, die an den Attacken mitwirken, ihre Zugehörigkeit zur Clique konstituieren und Banden schließen im Sinne von ‚*white bonding*' oder ‚*hegmonic bonding*'. Diese alltäglichen und unterschwelligen Attacken immobilisieren Menschen, sie werden krank oder verlassen die Hochschule, weil sie es nicht mehr aushalten und keine Perspektive sehen. Bei Studierenden kommt es dann zum Studienabbruch oder der Herstellung eines Selbstverständnisses, das die Hochschule als Außenwelt begreift und sie nicht als Ort der eigenen Selbstentfaltung oder gar als zukünftigen Arbeitsplatz ansieht. Für Promovierende und Postdocs wiederum stehen diese Dynamiken im Zusammenhang mit fehlender institutioneller Förderung.

Rassismus an der Hochschule wird nicht nur darüber beseitigt, dass mehr BPoC eine Anstellung in dieser Institution finden, obwohl dies schon ein großer Erfolg wäre. Denn neben der strukturellen Ausgrenzung von BPoC müssen wir auf die affektiven Mechanismen achten, die Menschen das Leben in bestimmten Räumen unmöglich machen. Wenn ich über institutionellen Rassismus spreche, beziehe ich mich auch auf die subtilen Mechanismen, die Menschen degradieren und ihre Daseinsberechtigung in Frage stellen. Es geht um die Menschen, die in der Institution Hochschule im Sinne von Nirmal Puwar (2004) von Mitgliedern der Mehrheitsgesellschaft als ‚*space invaders*' betrachtet werden. Hierbei spielt das Zusammenkommen von Klasse, Nationalität, Race, Religion, Sexualität und Ability eine entscheidende Rolle. Ich erinnere mich an eine Situation an der Universität Hamburg, als in einer Berufungskommission ein professorales Mitglied meinte: „Wir werden doch nicht mit dem Servicepersonal am gleichen Tisch sitzen." Diese Bemerkung war zwar nicht an mich gerichtet. Doch mir wurde sofort bewusst, dass die Frage, mit wem Mensch am Tisch sitzt, eine Frage ist, die für Menschen, die ihre Privatsphäre mittels sozialer Distinktion organisieren und faktisch von anderen Menschen bedient werden, von Gehalt ist. Wenn die Tochter der Putzfrau oder der Mensch, den eine eher als Gärtner oder als Köchin oder Kindermädchen einstellen würde, plötzlich die gleiche berufliche Position einnimmt wie eine selbst, kann das zwar im Einzelfall begrüßt werden. Doch wenn sich dies häuft, kann es als Bedrohung und Destabilisierung der eigenen sozialen Position empfunden werden.

Der alltägliche Rassismus, der die Ordnung zwischen gesellschaftlich superioren und inferioren Positionen organisiert, findet in alltäglichen Begegnungen, Adressierungen und Interaktionen statt. In diesem Zusammenhang wird auf der Grundlage von Annahmen, Vorstellungen und Affekten

gehandelt. Rassismus funktioniert, indem ein Außen als Norm gesetzt wird. Die allgemeingültigen Regeln, die alltäglich in die Interaktion Eingang finden, werden plötzlich außer Acht gelassen. Die Ausnahme der Regel wird etabliert. In alltäglichen Interaktionen heißt das zum Beispiel: In kollegialen Gesprächen wird einer das Wort abgeschnitten, ihr in den Satz gefallen, sie wird nicht zu bestimmten Terminen eingeladen oder bei Vorstellungen von Projekten übergangen. Neben den alltäglichen Ego-Profilierungsambitionen, die immer wieder in der akademischen Sozialität abgefragt und inszeniert werden, kommt es im Zusammenhang mit institutionellem Rassismus zu Dynamiken, die im Regelfall als unkollegial oder unethisch gelten, hier jedoch zumeist stillschweigend ausgeführt werden und von den Anwesenden kaum kommentiert oder angesprochen werden.

ENK: Wow! Encarnación, das ist eine wunderbare und komplexe Analyse, die die Alltäglichkeit von Rassismus und Ausschlüssen beschreibt. Die Alltäglichkeit von Rassismus macht es schwer, genau den ‚Finger darauf zu legen', und somit fast unmöglich, ihn zu thematisieren – eine frustrierende Erfahrung. Von dieser Subjektposition aus habe ich das eloquente Schweigen beobachtet, das ihn umgibt, vor allem aufseiten *weißer* Kolleg_innen. Die greifbare Unverhohlenheit und die eloquente Subtilität, die diese Handlungen begleiten, konstruieren das Andere als psychopathologisch, welches angeblich etwas sehen würde, das ‚nicht existiert' oder nicht gesehen werden kann – als schizophren. Das mag sich sehr kontrovers anhören, aber ich beginne gerade zu begreifen, dass solche Rassifizierungen (Rassismen) bei *weißen* Kolleg_innen nicht einfach offen angegangen werden können, indem ihre Handlungen als rassistisch gebrandmarkt werden (auch wenn wir alle wissen, was unter der Spitze des Eisbergs noch alles verborgen liegt). Hier denke ich viel darüber nach, wie neue Werkzeuge entwickelt werden können, die diese rassistischen Unbesonnenheiten direkt aufzeigen und hervorheben, ohne sie jedoch als rassistisch zu brandmarken. Vielen lieben Dank, dass du diese Aspekte so eloquent artikuliert hast.

Internationalisierung und Ökonomisierung der Hochschulen

JH: Diese Diskussion der oft subtilen Formen der Machtausübung zeigt, wie schwer Rassismus allein durch Quotierung und Diversitätsdiskurse begegnet werden kann. Bevor wir die Frage politischer Strategien weiter vertiefen, können wir das vielleicht noch einmal in den gesellschaftlichen und hochschulpolitischen Kontext einbinden, den Nghi eingangs angesprochen hat, und dabei die intersektionellen Verstrickungen diskutieren. Encarnación, du hast dich unter anderem mit Zusammenhängen von rassistischen Ausschlüssen, Migrationskontrolle und der Neoliberalisierung von Universitäten beschäftigt. Wie schätzt du die Entwicklungen der letzten Jahre ein?

EGR: Internationalisierungsbestrebungen an Hochschulen müssen in Verbindung mit der Ökonomisierung von Bildung diskutiert werden. Universitäten in den USA, Großbritannien, Australien und auch Frankreich, den Niederlanden, den skandinavischen Ländern sowie in lateinamerikanischen Ländern wie Brasilien, Mexiko, Kolumbien, Chile und Ecuador orientieren sich zunehmend

an einem global agierenden Hochschulbildungsmarkt – in Deutschland ist dieser Prozess aktuell ebenfalls zu beobachten. In diesem Zusammenhang stellen internationale Studierende, vor allem für US-amerikanische und britische Universitäten, eine Einnahmequelle dar. Migrationsforscher*innen weisen zunehmend auf die Effekte dieser Entwicklung hin, die sich in anwachsenden Mobilitäts- und Migrationsbewegungen von internationalen Studierenden äußert. Migrationspolitiken in den USA und Großbritannien greifen auf restriktiv regulierende Weise in dieses Feld ein. Entsprechend ist die Universität nicht frei von der Exklusionslogik, die diesen Politiken innewohnt. Wenn Migrationspolitiken die Tore der neoliberalen Universität betreten, wird die nationale, rassifizierende Matrix, die der Regierungslogik und -praxis des Nationalstaates zugrunde liegt, erkennbar. Auch wenn Migrationspolitiken nicht direkt mit einem rassifizierenden Diskurs operieren, hat die ihnen immanente Technologie der Herstellung eines ‚Anderen' der Nation oder zur Nation eine rassifizierende Wirkmächtigkeit, die sich an der Herstellung konkreter rassifizierter Subjekte festmacht.

„Wenn Migrationspolitiken die Tore der neoliberalen Universität betreten, wird die nationale, rassifizierende Matrix, die der Regierungslogik und -praxis des Nationalstaates zugrunde liegt, erkennbar."

Internationale Studierende und Wissenschaftler*innen genauso wie nichtakademisches Personal sehen sich mit Visaanforderungen und Regularien zur Migrationskontrolle konfrontiert. Dabei variieren das Ausmaß und die Intensität dieser Maßnahmen je nach nationalem, regionalem, religiösem und ökonomischem Hintergrund. Der legale Status der Migrant*innen bestimmt die Möglichkeiten oder Beschränkungen, denen Individuen oder Gruppen, die als Migrant*innen, Flüchtlinge oder Asylsuchende markiert werden, begegnen. So haben zum Beispiel undokumentierte Migrant*innen, Flüchtlinge ohne Aufenthaltsstatus und Menschen, die Asyl beantragt haben, keinen Zugang zu höherer Bildung. Auch wenn sie individuell die offiziellen Voraussetzungen für die Annahme als Studierende erfüllen, hält ihr legaler Status sie in einem Zustand sozialer Untätigkeit fest und hindert sie daran, an Arbeit und/oder Studium teilzuhaben.

Im Falle internationaler Studierender und Wissenschaftler*innen haben wir es wiederum mit einer Gruppe von Migrant*innen zu tun, die aufgrund ihrer finanziellen Mittel oder professionellen Kompetenz in der Lage sind, einen temporären Aufenthaltsstatus in Europa zu erlangen. Doch je nach nationaler Herkunft ist diese Gruppe nicht geschützt vor von Anti-Migrations-Rhetorik und Migrationskontrollpolitiken produzierten diskriminierenden Übergriffen. Das Ausmaß, in welchem internationale Wissenschaftler*innen und internationale Studierende Kontrollen ausgesetzt sind, variiert mit den verschiedenen bilateralen und transnationalen Abkommen zwischen Einreise- und Auswanderungsland. Zum Beispiel brauchen Studierende aus den Vereinigten Staaten, Kanada oder Japan kein Visum, um nach Deutschland einzureisen. Zugleich müssen Studierende aus Osteuropa und den meisten Ländern Lateinamerikas, Afrikas und Asiens sich für Visa bewerben und können einer Reihe von Restriktionen bei der Einreise ins Land und der Einschreibung in ihr Studienprogramm begegnen (Amjahid 2011). Der Grad der Kontrolle

und die restriktive Dimension dieser Vorgaben können je nach nationalen ökonomischen und politischen Interessen variieren. Jenny Lee und Charles Rice (2007) stellen in ihrer Studie über rassistische Diskriminierung internationaler Studierender in den Vereinigten Staaten fest, dass Studierende aus dem Mittleren Osten, Afrika, Ost- und Südasien sowie Lateinamerika Formen von Diskriminierung erleben, die Lee (2007) als Neo-Rassismus bezeichnet. Lee unterscheidet in diesem Zusammenhang direkte Formen rassistischer Diskriminierung, wie rechtliche Hürden und die Verletzung persönlicher Freiheiten, von indirekter Diskriminierung durch ungleiche Behandlung.

Im europäischen Kontext sind Migrationsüberwachung und Kontrolltechnologien an der Universität nicht nur durch politische Regulationen, Richtlinien und Maßnahmen vermittelt, sondern besonders auch durch Alltagsrassismen und Vorurteile. Auf diesen beiden Ebenen wird institutioneller Rassismus erfahren. Basierend auf der Unterscheidung zwischen ‚Bürger*in' und ‚Migrant*in', produzieren Migrationspolitiken verschiedene legale Kategorien des Zugangs zu Bürgerrechten. Fragen der Niederlassung, der politischen Teilhabe, Familienzusammenführung, Bewegungsfreiheit, des Zugangs zum Arbeitsmarkt, zu Bildung, zu Krankenversicherung und sozialen Sicherungen werden auf dieser Basis reguliert.

JH: Die von Encarnación angesprochene Ökonomisierung von Bildung knüpft auch an deine Arbeit, Mike, zu kapitalistischen Klassenverhältnissen im Hochschulkontext an – um eine weitere Facette intersektionaler Machtverhältnisse anzusprechen. Du hast argumentiert, dass sich die Ausgrenzung von Menschen der Arbeiter_innen- und Armutsklasse im Kontext der Ökonomisierung der Hochschulen verschärft hat – gerade vom Masterabschluss aufwärts. Welche Dynamiken wirken hier?

ML: Zunächst einmal ist es wichtig zu betonen, dass die Ökonomisierung der Universitäten ja nichts grundsätzlich Neues ist. Schon die staatlich gesteuerte Hochschulexpansion der späten 1960er und 70er Jahre in der BRD stellte eine umfassende Subsumption der Universitäten unter den kapitalistischen Reproduktionsprozess dar. Der Ausbau der Hochschulen erwies sich im Zuge der auf die Wachstumskrise 1966/67 folgenden Umstellung des kapitalistischen Akkumulationsmodells auf Massenproduktion und -konsum als notwendig. Denn der bis dahin vorherrschende Typus der elitären, weitgehend auf die Bildung des Bürgertums beschränkten Ordinarienuniversität war aus Sicht der Produktivkraftentwicklung nicht geeignet, um den wachsenden Bedarf an technisch und wissenschaftlich qualifizierten Arbeitskräften für den privaten und staatlichen Arbeitsmarkt auszubilden. Tatsächlich öffnete sich die deutsche Universität im Zuge dieser Expansion in den 1970er Jahren zum ersten Mal in einem höheren Maße für Teile der Arbeiter_innenklasse. In den 1980er Jahren finden ‚Arbeiter_innenkinder' schließlich historisch neuartige Gelegenheitsstrukturen für eine wissenschaftliche Laufbahn und die Berufung auf eine Professur vor. Aktuelle Studien weisen jedoch darauf hin, dass diese Entwicklung rückläufig ist und wir seit der Jahrtausendwende wieder einen verstärkten sozialen Schließungsprozess beobachten können.

Diese aktuelle Verschärfung der sozialen Exklusivität der Hochschulen ist kein Zufall, sondern ein wesentliches Merkmal der neoliberalen

Universität. So wurden seit den 1990ern systematisch neue institutionelle Reproduktionsmechanismen sozialer Ungleichheit implementiert, wie zum Beispiel die Einführung des dualen Bachelor-Master-Systems und die Schaffung der Juniorprofessur verdeutlichen. Der Übergang vom Bachelor- zum Masterstudiengang stellt einen neuen Selektionsmechanismus dar, den das alte Studiensystem so nicht kannte und der nachweislich Studierende aus hochschulfernen Klassen benachteiligt. Diese sehen aus finanziellen oder habitusvermittelten Gründen häufiger als Studierende aus hochschulnahen Klassen davon ab, nach dem Bachelorabschluss ein Masterstudium aufzunehmen. Bezüglich der Juniorprofessur gibt es wiederum empirische Belege, dass diese von allen professoralen Statusgruppen die höchste soziale Geschlossenheit aufweist. Da Juniorprofessuren relativ bald nach der Promotion besetzt werden sollen, werden neben der Promotionsnote Leistungskriterien wie schnelle Studien- und Promotionsdauer angelegt, aber auch das Alter spielt eine Rolle. Dies spielt Personen aus bürgerlicher Klassenherkunft zu, da diese aufgrund ihres mitgebrachten kulturellen Startkapitals durchschnittlich zielstrebiger studieren und promovieren sowie insgesamt schneller auf hohe Statuspositionen vorrücken.

Die soziale Exklusivität der neoliberalen Hochschule korrespondiert hier mit aktuellen Strategien ökonomischer Hochschulsteuerung, sofern beide Neuerungen, die Einführung der Juniorprofessur wie des Zweiklassenstudiensystems B.A.-M.A., auf eine Senkung der Kosten für die Produktion und Reproduktion von Arbeitskraft – und damit deren Wert – hinauslaufen. Im einen Fall durch die Verkürzung von Bildungslaufbahnen und das Erreichen einer schnelleren Berufsbefähigung (‚*employablity*‘), im anderen Fall durch eine Senkung der Ausgaben für Personalmittel mittels der Schaffung neuer, im Vergleich zu ordentlichen Professuren kostengünstigeren Personalkategorien. Der neoliberalen Hochschule gelingt es damit, zwei verschiedene Reproduktionsfunktionen der Universität im Kapitalismus zu versöhnen, die im Zuge der sozialen Öffnung und Demokratisierung der Hochschulen in den 1970er Jahren zunehmend in Konflikt gerieten: Einerseits soll die Hochschule Arbeitskräfte mit spezifischen Fertigkeiten und Kompetenzen produzieren, die auf die jeweils aktuellen Produktionsweisen kapitalistischer Akkumulation abgestimmt sind. Andererseits dient das Hochschulsystem eben seit jeher auch der Sicherung und Reproduktion der Privilegien und der Dominanz der herrschenden Klassen. Die häufig abschätzig als ‚Massenuniversität’ bezeichnete Reformuniversität der 1970er Jahre schien diese zweite Funktion zu gefährden. Jedenfalls schürte sie im Bürgertum die Angst vor der Abwertung ihres eigenen kulturellen Kapitals durch eine massenhafte Produktion hoher Bildungsabschlüsse. Bereits in den 1970er und 80er Jahren forderten konservative Kräfte der Bildungselite daher eine stärkere Regulierung des Hochschulzugangs, eine Ausdifferenzierung des Hochschulsystems in elitäre und weniger reputierliche Bereiche sowie eine Verkürzung der Studienzeiten. Dies wurde dann seit den 1990er Jahren auch tatsächlich umgesetzt. Mit der systematischen Produktion abgewerteter Studienabschlüsse, der Normalisierung prekärer Beschäftigungsbedingungen und der fortgesetzten Segregation der professoralen Statusgruppen in hoch und weniger angesehene gelingt es der neoliberalen Hochschule, dem weiter steigenden Bedarf an akademisch

qualifizierten Arbeitskräften zu entsprechen, jedoch ohne – wie einst in Ansätzen das sozial-liberale Projekt der Reformuniversität in Aussicht stellte – den elitären, soziale Klassenverhältnisse reproduzierenden Charakter des Hochschulsystems preis zu geben.

LS: Vielen Dank für diese erhellenden Ausführungen. Ich freue mich, dass du hier auch statistische Zusammenhänge deutlich machst, wie etwa den Zugang zur (Junior-)Professur. Dem möchte ich nur nochmal das Selbstverständliche hinzufügen, dass sich hinter diesen Verteilungen auch ein qualitatives Erleben verbirgt, was tagtäglich an der Hochschule zu beobachten ist: Masterstudierende, oder sogar Doktorand*innen, die zum Teil verbittert, zum Teil gelassen, normalisiert spüren, „dass das nichts für sie ist".

ENK: Hi Mike, danke für diese historische Erkundung. Mir ist dabei aufgefallen, dass, wenn wir über Leute aus der ‚Arbeiter_innenklasse' reden, wir gleichzeitig wie synonym *weiße* Menschen damit meinen. Ich finde das ungemein interessant für unsere Diskussion, weil dadurch Mensch-Sein mit Weißsein in eins gesetzt wird und das mit einem marxistischen Kampf verbunden wird. Ich denke, dass das noch andere Analyseebenen öffnet, zum Beispiel auch, wie die verschiedenen akademischen Qualifikationen und Anforderungen eingesetzt worden sind, um insbesondere Student_innen of Color den Zugang zu verwehren, die dadurch nachweislich nicht an der Universität vertreten waren, und deren Kämpfe in den meisten derartigen Untersuchungen unbenannt bleiben. Ich es finde dabei spannend, wie solche Mechanismen spezifisch dazu dienen, die *weiße* nichtbehinderte männliche heteronormative Norm aufrecht zu erhalten. Lars, dein zusätzlicher Punkt ist großartig. Mir gefällt wirklich sehr, wie du das Subjekt wieder zum Individuum zurückbringst und dabei wieder das einbringst, was ich auch als Habitus interpretieren kann – wie dieser inszeniert, also durch Handlungen, Worte und Interaktionen instrumentalisiert wird, um ‚ungewollte Andere' fern zu halten.

Umgang mit Mehrfachdiskriminierung

ML: Lars und Ngubia, ich stimme euch beiden zu, sowohl was die Bedeutung der Ebene subjektiven Erlebens betrifft, als auch Ngubias wichtigen Einwand, dass eine Gefahr darin besteht, die Arbeiter_innenklasse als implizit *weiß* zu imaginieren. Auf beide Punkte würde ich gerne antworten, indem ich eine persönliche Erfahrung heranziehe: Im letzten Jahr habe ich an der TU Berlin gemeinsam mit Myriam Raboldt und Tanja Abou einen zweiteiligen Empowerment Workshop von und für Studierende und Wissenschaftler_innen aus der Arbeiter_innen- und Armutsklasse organisiert. (Tanja Abou hatte diesen Workshop sowohl konzipiert als auch angeleitet.) Wir haben uns über vieles ausgetauscht: über unsere biografischen Wege, Erfahrungen von *class shaming,* die Abwertung unserer herkunftsspezifischen Erfahrungen und daraus folgender Wünsche, ein anderes Lern- und Arbeitsumfeld zu gestalten, bis hin zu manifester Diskriminierung. Was im Workshop sehr deutlich wurde, ist das Wechselverhältnis von klassenspezifischer Diskriminierung und Rassismus. Ungefähr die Hälfte der Teilnehmenden waren Studierende und Wissenschaftler_innen of Colour.

Und obwohl alle im Raum schwierige und verletzende Situationen erlebt haben, zeigten sich gerade in ihren Erfahrungen die explizitesten Formen von direkter und offener Diskriminierung, insofern sich hier Rassismus und Klassismus überlappten und gegenseitig verstärkten. Sie erlebten die Situationen, in denen sie an der Universität Rassismus erfuhren, regelmäßig zugleich als Abwertung und Stigmatisierung ihrer Herkunft aus einer Arbeiter_innenfamilie; die Rassifizierung fungierte in diesen Fällen auch als klassenspezifische Markierung, als explizit abwertendes Benennen und Sichtbarmachen ihres Klassenhabitus.

KNH: Ngubia, ich kann es gut nachvollziehen, dass du die Ausschlüsse in der Klassenfrage monierst. Ich möchte die Diskussion hier auch gar nicht ablenken, sondern intersektional ausweiten. Denn interessanterweise haben nicht nur liberale und marxistische Ansätze blinde Flecken, da sie bei Hochschulfragen etwa Race und Gender systematisch ausblenden. So kämpften frühe feministische Bewegungen hauptsächlich für den Uni-Zugang von Weißen Bildungsbürgerinnen, während sie sich nicht für die Belange von proletarischen Frauen interessierten, die sich ihrerseits in eigenen Organisationen zusammenschlossen. Schwarze Feministinnen und Women of Color haben bereits in den 1970er Jahren im US-Kontext auf ihren Ausschluss aus der neuen (Weißen) feministischen Frauenbewegung hingewiesen, die im Wesentlichen eine bürgerliche blieb. Auch antirassistische Ansätze in PoC-Bewegungen waren in ihrer Geschichte oftmals durch bürgerliche Männerperspektiven und ihre Interessen bestimmt. Auch unter PoCs und Schwarzen ist der Zugang zur Universität stark vom familiären Klassenhintergrund abhängig, so dass auch hier Studierende und Lehrende of Color aus Arbeiter*innenfamilien in der Minderzahl sind.

Die verschiedenen identitätspolitischen Formierungen, die auf strukturelle Ausschließungen in der Gesellschaft und in den sozialen Bewegungen reagierten, haben ihrerseits mit dem Problem zu kämpfen, dass jede Gruppe in erster Linie für sich selbst um eine angemessene Repräsentation und Beteiligung kämpft. Die Kämpfe um Zugang, Ressourcen und Machtpositionen an den Hochschulen bilden dabei keine Ausnahme, sondern sind meistens integraler Bestandteil von größeren sozialen Bewegungen. Ungeklärt ist unter anderem, wie eine gerechte und angemessene Repräsentation der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen an der Universität und in der Gesellschaft aussieht. Dazu existiert keine einheitliche Vorstellung. Hinzu kommt die Knappheit der zur Verteilung stehenden Ressourcen, die als Nullsummenspiel angelegt ist, da der Gewinn des Einen als Verlust des Anderen wahrgenommen wird. All das hat sich im Grunde bis heute nicht elementar geändert. Solange der Zugang zum Hochschulstudium und erst recht der Aufstieg zu professoralen Positionen so stark klassenabhängig sind, werden die hochschulpolitischen Debatten vor allem von denjenigen geführt, die an den Unis in einflussreichen Positionen vertreten sind.

JH: Um nochmal auf die von Lars angesprochene Ebene des täglichen Erlebens zurückzukommen: Wo liegen für dich, Lars, die Herausforderungen eines intersektionellen Ansatzes bei Fragen der Selbstreflexion und politischen Intervention?

LS: Mit Blick auf verschiedene Ungleichheitsdimensionen ist der Aspekt besonders interessant, dass auch auf studentischer Seite gerade in sozialen und vermeintlich politisch linken Fachbereichen der Anspruch besteht, politisiert zu sein beziehungsweise über eine politisierte Haltung und politisch korrekte Sprache zu verfügen. Und auch das ist für Studienpionier*innen nicht selbstverständlich. Hier versteckt sich also hinter wohlmeinenden emanzipatorischen Anliegen ein Stück weit eine Exklusionspraxis oder Klassismus. (Der Begriff ist allerdings irreführend, weil es hier um unterschiedene soziale Herkünfte oder Habitus und weniger um unterschiedliche Klassenlagen geht.) Dies ist kein Vorwurf, sondern mein Wunsch, bei allem Engagement einen Blick auch auf die eigenen Privilegien und Markierungen zu richten. Natürlich fällt es uns leichter, die Benachteiligungsdimensionen zu sehen, von denen wir selbst betroffen sind. Die eigenen Privilegien und Dominanzzugehörigkeiten nicht zu hinterfragen – auch das gehört zum System Hochschule.

> *„Die eigenen Privilegien und Dominanzzugehörigkeiten nicht zu hinterfragen – auch das gehört zum System Hochschule."*

Wir sind an unserer Hochschule dabei zu versuchen, das ein bisschen aufzubrechen. Mittlerweile liegen über 1000 schriftliche oder mündliche studentische Selbst-Sozioanalysen vor, in denen Studierende das eigene Leben daraufhin analysieren, mit welchen Mustern sie aufgewachsen sind und zu welchen Mustern ihrer jeweiligen Umgebung das gut oder weniger gut gepasst hat und passt (Schmitt 2015). Das Feedback ist überwältigend positiv, weil dadurch nicht nur eine große Solidarität im Seminarraum entsteht, da viele sich in den Geschichten der anderen wiedererkennen, sondern viele auch sich selbst und andere mit der Bourdieu'schen Brille besser verstehen lernen und annehmen können, ohne aber die Konflikte zu individualisieren, sondern eben auch Strukturen zu kritisieren. Habitus-Struktur-Reflexivität bei Lehrenden anzustoßen, ist schon etwas schwieriger.

ENK: Ich finde das sehr interessant, was du, Lars, gerade erzählt hast. Danke für das Teilen deiner Gedanken. Du zeigst zum Beispiel auf, wie verschiedene wohlmeinende Anstrengungen tatsächlich ausschließende Praxen weiter stabilisieren, weil die Machtdimensionen, die sie konstituieren, nicht reflektiert werden. Außerdem bringst du ein gutes Beispiel von dem Einfluss der Kategorie Class auf die Lebensrealitäten *weißer* Student_innen, von denen erwartet wird, dass sie sich dem akademischen Habitus fügen, der ihnen höchstwahrscheinlich nie beigebracht wurde, beziehungsweise zu dem sie keinen Zugang hatten (weil dies oft mit dem familiären Hintergrund zusammenhängt, mit Zugang zu Kapital usw., kurz also: mit ‚Class'). In diesem Zusammenhang bringst du an, dass das Reflektieren verschiedener Erfahrungshorizonte und Hintergründe durch die Student_innen als Katalysator für Selbstreflexion in Bezug auf ihre Privilegien sowie darauf, wo sie sich innerhalb der Dominanzkultur verorten, dienen kann. (Teil der Dominanzkultur zu sein, ist an sich schon *das* Hyperprivileg). Ich verstehe sehr gut, wie das zu einem selbst-reflexiven Prozess führen kann – ich meine, irgendwo müssen wir ja anfangen. Was ich mich aber frage, ist: Wie kann deiner Meinung nach ein solcher Reflexionsprozess über die verschiedenen Linien miteinander verwobener Privilegien hinweg gefördert werden – wenn wir zum Beispiel an Ableismus, Rassismus, Sexismus denken?

Außerdem würde mich interessieren, welche Strategien dir einfallen, um die Aufmerksamkeit von Student_innen aus vor allem technischen Fächern zu erlangen (denn Student_innen der Sozialwissenschaften und Gender Studies sind diesbezüglich mit höherer Wahrscheinlichkeit eingeweiht als bspw. die der Ingenieurswissenschaften). Ich verstehe, dass ein Ansatz über die Kategorie ‚Class' für (vor allem) *weiße* Student_innen hilfreich sein kann, um ihnen überhaupt einen ersten Zugang zur Reflexion von Privilegien zu vermitteln. Wie würdest du sie dazu bewegen, *weiße* Privilegien zu reflektieren?

LS: Vielen Dank für die Hinweise, Ngubia, die ich, glaube ich, gut nachvollziehen kann. Ich bin mir bewusst, dass ich in einer Art Soziotop agiere, und dass an einer Fachhochschule, an einem inhaltlich und umgangstechnisch sozial ausgerichteten Fachbereich, Dinge initiiert werden können, die nicht ohne Weiteres übertragbar sind. Es liegen aber (in sehr kleinem Maßstab) Erfahrungen mit (zuvor angeleiteten) Selbstsozioanalysen von Studierenden aller Fachbereiche unserer Hochschule vor, die sehr erfreulich sind. Und ich verbinde eine methodologische und emanzipatorische Hoffnung damit: Wenn Studierende dazu eingeladen sind, ihr Leben mit der ‚Brille' der Habitus-Struktur-Reflexivität zu betrachten, dann werden zwar oft milieuspezifische und geschlechterspezifizierte Habitusanteile und umgebende Strukturen reflektiert und sehr selten etwa rassifizierte methodologisch aber ist das möglich. Deshalb bleibt für mich Bourdieus Habitusbegriff ein sehr bedeutsames Instrument, gerade in intersektionaler Perspektive. Mit Kritischer Theorie und Postcolonial-Ansätzen lässt sich unter anderem analysieren, wie kolonialisierend der Kapitalismus ist und wie (mit an Foucault angelehnten Ansätzen) das ‚Übel' versubjektiviert wird und wir Kompliz*innen der Verhältnisse werden. Mit weiteren dekonstruktivistischen, auch queer-theoretischen, Konzepten können Dekonstruktionspolitiken angestoßen werden. Dennoch bietet der Habitusbegriff die Möglichkeit sozial auszudifferenzieren: Wer ist wie stark von systemischen Kolonialisierungen der Lebenswelt, von Kämpfen um Anerkennung, von Subjektivierungsprozessen und so weiter betroffen? Wer ist wie diskursmächtig? Eine intersektionale Perspektive wird insofern möglich, als am konkreten Einzelfall geschaut werden kann, welche Elemente eines Habitus von welchen Umgebungsstrukturelementen aufgenommen, geschluckt, brüskiert oder subtil zurückgewiesen werden. Mit dem Reden über (auch sich überschneidende) Habitusanteile wird es damit möglich, Dominanzverhältnisse und -praktiken zu benennen, ohne Gruppenzugehörigkeiten zu essentialisieren.

Mir ist, meine Gedanken abschließend, nochmal wichtig, den Unterschied von Klassenlage und sozialer Herkunft zu erläutern, weil eine Vermischung der beiden auch oft zu Verschleierungen führt. Beide hängen statistisch natürlich eng miteinander zusammen. In der Protestforschung wird zum Beispiel bei Befragungen zu Demonstrationen oft die soziale Lage in Form von ökonomischem Kapital, Berufstätigkeit und kulturellem Kapital (hier meist: formaler Bildungsstatus) erhoben. Darin unterscheiden sich Studierende zum Beispiel kaum, sie haben eine ähnliche Klassenlage. Bei einer Befragung zu Demonstrationen gegen die Einführung von Studiengebühren etwa wurde diesbezüglich eine Heterogenität suggeriert: ‚alle' demonstrieren. Eine Erhebung der sozialen Herkunft würde hingegen ausweisen, dass Studierende aus nicht-akademischen Elternhäusern deutlich weniger protestieren. Die

Gründe dafür liegen eben nicht nur in der Ressourcenausstattung, sondern auch im Habitus. Hier würde also eine Partizipation suggeriert, wo keine ist.

JH: Mike, wie waren denn deine Erfahrungen bezüglich des Umgangs mit der Intersektionalität von Rassismus und Klassenverhältnissen?

ML: Es wird häufig behauptet, dass Klasse und Klassenherkunft mehr oder weniger unsichtbar seien und klassenspezifische Diskriminierung an der Hochschule ebenfalls eher unsichtbar und subtil operieren würde, weswegen sie so schwierig zu thematisieren und zu fassen sei. Wenn Klasse auf eine solche Wahrnehmung reduziert wird, dann wird genau das befördert, was Ngubia zu Recht kritisiert, weil diese vermeintliche Unsichtbarkeit von Klasse in der Tat nur angenommen werden kann, wenn Working Class Academics als weiß imaginiert werden. Denn aufgrund der symbolischen Ordnung des Rassismus an der Hochschule ist die Klassenherkunft von Working/Poverty Class Academics of Color jederzeit sichtbar. Unser Workshop war sehr wichtig, um diese mit Rassismus zusammenhängenden Differenzen in unserer jeweiligen Positioniertheit herauszuarbeiten.

Als schwuler Working Class Academic erlebe ich strukturelle Benachteiligungen und subtile Politiken der Beschämung, Verunsicherung und Abwertung an der Universität. Als *weißer* männlicher Akademiker bin ich jedoch in Hochschule wie Gesellschaft vielfach privilegiert und werde mit offenen Armen willkommen geheißen. Das geht so weit, dass mein Weißsein meine Klassenherkunft abfedern und die daraus erwachsenen Probleme und Hürden abschwächen oder sogar kompensieren kann. Denn wenn ich mich anstrenge, dann gelingt mir, etwa auf einer Konferenz, als *Weißer* ein *academic passing*. Zumindest nach außen hin, denn meine inneren Konflikte und Selbstzweifel sieht man mir von außen ja nicht an. Ich glaube, dass dies, neben den gravierenden rassistischen Selektionsmechanismen, die bereits beim Zugang zur Universität wirken, ein wesentlicher Grund dafür ist, dass der typische Working Class Academic in Deutschland nachweislich cis-männlich und *weiß* ist, gerade auch unter den Professor_innen. Denn Rassismus und Sexismus wirken dem *academic passing*, d. h. der Anerkennung als wissenschaftliche Persönlichkeit, innerhalb der *weißen*, cis-männlichen Dominanzkultur der Hochschule massiv entgegen.

In unserem Workshop wurde deutlich, dass unsere Arbeiter_innen-/Armutsklassenherkunft ein gemeinsamer Referenzrahmen für uns alle war, um ins Gespräch zu kommen, Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten und kollektives Handlungsvermögen auszuloten. Zugleich wurden aber auch Hierarchisierungen und Differenzen erkennbar, unterschiedliche Grade der Prekarisierung und Diskriminierungserfahrung. Diese müssen sichtbar gehalten und bearbeitet werden, damit sie nicht mit einem universalen, homogenisierenden Klassenbegriff weggewischt werden. Kurzum, ich möchte den Klassenbegriff nicht aufgeben, gerade weil er nicht nur ein abstraktes Konzept ist, mit dem sich Zusammenhänge von kapitalistischer Vergesellschaftung und Herrschaft erklären lassen, sondern weil sich dahinter Menschen verbergen, die sich in widerständiger und empowernder Absicht auf ihn beziehen können, um gemeinsame Perspektiven zu entwickeln, Interessen zu artikulieren, kollektive Handlungsräume zu erweitern, sich zu organisieren. Dies alles aber unter der Bedingung, sichtbar zu machen, wie stark die Zusammensetzung von sozialen

Klassenverhältnissen im Kapitalismus mit Rassismus, Kolonialität und heteronormativen Geschlechterverhältnissen verwoben ist.

Seit ein paar Jahren wird im Zusammenhang mit der Universität wieder vermehrt über die soziale Klassenherkunft als Ausschlussmechanismus diskutiert und geforscht, nachdem dieses Thema jahrzehntelang kaum beachtet wurde. Wir müssen dafür sorgen, dass sich das ‚Weißwaschen' der Arbeiter_innenklasse, das die Debatte und Politik in den 1960er und 70er Jahren geprägt hat, nicht wiederholt beziehungsweise fortsetzt, und daher vehement – wie es in vielen anderen Ländern schon lange der Fall ist – eine intersektionale Erweiterung und Ausdifferenzierung von Konzepten wie ‚soziale Herkunft' und ‚soziale Klasse' in der deutschsprachigen Debatte voranbringen. Denn es ist ja offensichtlich, dass die soziale Schließung der Universitäten in Deutschland zu einem Zeitpunkt stattfindet, da sich die Arbeiter_innenklasse hierzulande anteilig mehr als je zuvor aus Menschen und Familien zusammensetzt, die zugleich von Ethnisierung und Rassifizierung betroffen sind.

LS: Vielen Dank für die weiteren Ausführungen, die den Prozess näher beleuchten und den Nghi eingangs schon strukturhistorisch als ‚Weißwaschen' der Hochschulen beziehungsweise des akademischen Feldes sehr erhellend beschrieben hat. Er hat dabei bereits auf die Ambivalenz aufmerksam gemacht, dass Errungenschaften bezüglich einer Diskriminierungsdimension, solange sie nicht intersektional reflektiert werden (und vielleicht sogar dann), mit zu diesem Prozess der dann kaum mehr hinterfragbaren *weißen* Wirklichkeitskonstruktion beitragen. Ngubia und Mike haben aufgezeigt, wie auch etwa die Konzentration auf Klasse sich in diesen Prozess einreihen kann. Mike hat beschrieben, wie es dazu kam, dass ‚auf einmal' auch die Klassenfrage bezüglich des akademischen Feldes gestellt wurde; diese aber weiterhin nur dann Sinn mache, wenn eben nicht die Klassenlage selbstverständlich als *weiß* konzipiert wird, sondern sich die Analyse intersektional gestaltet.

Ich würde an dieser Stelle gerne nochmal zurück kommen zur Akteur*innenseite. Ich habe mich gefragt, ob diesem historischen Prozess (weg von den isoliert betrachteten und bestenfalls noch kombinierten Dimensionen von Klasse und Geschlecht, hin zu mehr Intersektionalität), auch ein biographisch-reflexiver Prozess entsprechen mag. Damit meine ich die Frage, wann Menschen sich mit welchen Diskriminierungsdimensionen befassen. Die *Rückkehr nach Reims* von Didier Eribon (2016) hat mich erneut darüber nachdenken lassen. Er schildert hier die Konsequenzen seiner sozialen Herkunft mit Blick auf seinen Wechsel vom Arbeitermilieu ins akademische Feld, nachdem er zuvor seine Biographie, Heteronormativität und homophobe Strukturen mit Blick auf (seine) Homosexualität analysiert hatte. Er bildet das – sehr verkürzt ausgedrückt – an einer Theorieverschiebung von Foucault zu Bourdieu ab. Auch dies bricht natürlich nicht den Prozess des Weißwaschens auf (alles *weiße* Männer!), lässt mich aber die Frage stellen, ob Diskriminierungsdimensionen, die offensichtlicher mit der Anerkennung von Identitäten zu verknüpfen sind, auf der Biographieseite zuerst reflexiv und ‚bearbeitet' werden, bevor Verteilungsfragen ins Spiel kommen. Als Habitusforschender möchte ich allerdings betonen, dass ich die Gegenüberstellung von Identität und Anerkennung auf der einen und Verteilung auf der anderen Seite nicht unbedingt teile. Mir ist bloß aufgefallen, dass meine habitus- und strukturbezogenen Reflexionen sich erst in den

vergangenen Jahren intersektional erweitern, wo sich meine vermeintliche Identität als Milieuwechsler (vom Arbeiterkind zum Akademiker), aber auch die materielle Lage, abgesichert haben. Wenn ich hier wieder auf die Akteur*innen-Ebene rekurriere, heißt das nicht, dass ich Strukturen ausblende, weder jene der Umgebung noch solche des Habitus. Deshalb ist es mir auch wichtig, nicht bloß von Habitussensibilität, sondern von Habitus-Struktur-Reflexivität zu sprechen.

Die Rolle von Gefühlen in politischen Prozessen

JH: Vielleicht können wir Lars' Überlegungen zur Selbstreflexion mit Bezug zur Frage der kollektiven Organisierung, die auch bei Mike anklang, noch etwas vertiefen. Ngubia, du wolltest diesen Vorschlag kommentieren?

ENK: Lieber Lars, ich kann völlig nachvollziehen, wie die Prinzipien funktionieren, die du eingangs ‚Konservierung durch Veränderung' und ‚Verschleierung durch Transparenz' genannt hast – eine brillante Ausdrucksweise dafür, und sie passt zu einigen Problematiken, die ich zu Diversity und In- und Exklusion aufgeworfen habe. Danke für diese wunderbare Zusammenfassung weiter oben. Ich finde es sehr empowernd und aufschlussreich, dass du die Diskussion mit der Frage danach eröffnest, wie eine Selbstreflexion von Habitus und Privilegien in Gang gesetzt und aufrecht erhalten werden kann innerhalb einer Student_innenschaft, welche solche Prozesse generell nicht für wichtig oder sinnvoll erachtet. Wie könnte ein solches Programm aussehen? Die Fragebogen-Idee, die du vorstellst, ist ein guter Anfang und ich überlege: Wie können solche Prozesse zu einem inhärenten Teil von Lernstrukturen gemacht werden?

Und ist es wiederum wirklich möglich, Scham zu vermeiden? Ich unterscheide hier zwischen *shame* und *shaming*. *Shaming* bedeutet für mich, einen anderen Menschen absichtlich herabzuwürdigen, gepaart mit einer verachtenden Einstellung ihm gegenüber. *Shame* hingegen ist ein psychologischer Prozess, Schamgefühle, oder die Unzulänglichkeit, die eine Person fühlt, wenn klar geworden ist, dass ihre Position, Einstellung, ihre Handlungen oder Denkmuster nicht innerhalb der Parameter liegen, die als angemessen anerkannt werden. Wie Grada Kilomba (2008) analysiert, ist *shame* ein (notwendiger) Schritt auf dem Weg zum Anerkennen (*weißer* Privilegien etwa) und somit dahin, Verantwortung für notwendige Veränderungen zu übernehmen. Ich denke nicht, dass wir die Student_innen vor *shame* schützen können. Allerdings bin ich der Überzeugung, dass es absolut notwendig ist, darüber nachzudenken, wie wir Diskriminierungsstrukturen privilegierten Anderen gegenüber konstruktiv thematisieren können, und zwar in einer Weise, die auch die Kämpfe derer zu würdigen weiß, die mit den Konsequenzen dieser Privilegierungsmechanismen konfrontiert sind. Ich meine damit, wie wir Raum schaffen können für die Gefühle, die in diesem Prozess entstehen, ohne vom Kurs abzukommen, das heißt, ohne Raum zu schaffen für Geringschätzung und die *shaming* irgendwelcher Personen. Wie soll mit der Gewaltförmigkeit der Ignoranz umgegangen werden? In der letzten Zeit gab und gibt es zum Beispiel eine fortwährende Diskussion darüber, dass *weiße* Professor_innen und Student_innen das Gefühl haben, dass die ‚Zensur' der Verwendung diskriminierender Sprache ihre Rechte und

Freiheiten einschränken würde. Ich führe das an, weil ich viel darüber nachdenke, was *safety* (im Sinne von *safe space*) bedeutet – für wen und wovor?

KNH: Ich finde es hilfreich, dass Ngubia auf den Unterschied zwischen *shame* und *shaming* hingewiesen hat, aber ich weiß nicht, ob Scham notwendigerweise ein politisch produktiver Erkenntnisprozess ist. Die Auseinandersetzung mit der systematischen Struktur von Weißsein als gesellschaftlicher Norm sollte ohne Zweifel eine wichtige Rolle in der akademischen Lehre spielen. Ich weiß allerdings nicht, ob das Empfinden von Scham eine notwendige Voraussetzung für die Anerkennung der Existenz Weißer Privilegien ist. Sicherlich ist eine ehrliche Auseinandersetzung mit Rassismus immer anstrengend und geht für alle Beteiligten mit komplexen psychologischen Prozessen einher. Die Erkenntnis, auch unintendiert und auf ungerechtfertigte Weise von einem unfairen und repressiven System zu profitieren, kann sicherlich Scham auslösen, aber muss sie es? Sind diejenigen, die Scham darüber empfinden, antirassistischer als diejenigen, die Weiße Privilegien ablehnen, aber sich nicht dafür schämen (können), weil sie für diese Struktur keine direkte persönliche Verantwortung übernehmen können? Und noch problematischer wird die normative Setzung der Scham, wenn die Frage gestellt wird: Können Weiße auch dann antirassistisch sein, wenn sie keine Scham für ihr Weißsein empfinden, sondern nur die damit einhergehenden Privilegien zurückweisen?

Ich glaube, dass es gefährlich ist, wenn Scham mit einer normativen Erwartungshaltung und Bewertung verknüpft wird und eine Verkomplizierung von emotionalen Abhängigkeitsverhältnissen stattfindet, in der dann die Suche nach Absolution durch Bündnispartner und Menschen, die negativ von Rassismus betroffen sind, im Zentrum des Handelns von Weißen zu stehen scheint. Gerade in Konstellationen, in denen Lehrende of Color mit Weißen Studierenden arbeiten, stellt sich für mich die gezielte Produktion von Scham als schwierig dar – natürlich ist die umgekehrte und viel häufiger vorkommende Normkonstellation (Weiße Profs und Studierende of Color) auch mit vielen Problemen behaftet, aber das ist ein anderes Thema. Ich bin skeptisch, da die Erzeugung von Scham für mich weder ein pädagogisches noch ein didaktisches Ziel ist und auch als Mittel zum Zweck nicht unproblematisch erscheint. Das Empfinden von Scham ist für mich ein menschlicher Gefühlsausdruck wie das Weinen, und als solches natürlich zulässig. Aber ich muss diesen Gestus nicht zusätzlich aufwerten und als Dozierender die Normierung aussprechen, die einen Gestus über eine andere Ausdrucksweise stellt. Im Zentrum des Lernprozesses steht für mich die Bereitschaft, durch Wissen und Empathie Verantwortung für sich selbst und den eigenen Anteil an der Gesellschaft zu übernehmen.

LS: Zu den Ausführungen bezüglich *shame* und *shaming*, die ich sehr bereichernd finde, würde ich gerne noch ergänzen, dass ich mich erstens auch oft gefragt habe, in welchen Situationen (im akademischen Feld) und von wem meine Unsicherheiten und Schamgefühle gesehen werden. Ich vermute, dass das nicht immer unsichtbar bleibt und dass es von manchen sogar ‚richtig' gedeutet wird, indem Sozialstruktur, Habitus und Machtgefälle zur Interpretation herangezogen werden. Selbst wenn das *academic passing*, wie Mike es beschreibt, also nicht immer gelingt, dann ändert das nichts an der Weißwaschung, sondern trägt eher mit dazu bei.

Zweitens ist mir nochmal wichtig zu beschreiben, wie sehr Gefühle wie Wut, Scham, aber auch die Zuschreibung von ‚Affektiertheit' oder Intoleranz mit Sozialstruktur und Machtverhältnissen zu tun haben. Auch wenn jeder Mensch Scham empfinden kann und dies ein psychologisch nachvollziehbarer Prozess ist, so entsteht Scham eben ganz oft bei dem Bemerken oder Vermuten eines eigenen nicht-feldadäquaten Verhaltens. Und falls – was ja selten genug der Fall ist – dieser Konflikt nicht individualisiert und psychologisiert wird, sondern die Feldregeln, die immer aufseiten der Herrschenden sind, doch zur Sprache gebracht oder verletzt werden, wird die betreffende Person von Seiten herrschender Fraktionen nicht selten als ‚intolerant', ‚affektiert', oder sogar als ‚aggressiv' wahrgenommen, weil eben das vermeintlich Selbstverständliche, einzig Sagbare, angekratzt wurde. Die Toleranz ist mit den Herrschenden.

Drittens stelle ich mir die Fragen, die Ngubia aufgeworfen hat, auch. Ich wollte jedoch nicht – da stimme ich mit Nghi und Ngubia überein – *shame* und *shaming* normativieren: weder als pädagogisches Empowerment-Instrument aufseiten der Emanzipation von Subjekten, noch auf der Seite der politischen Strukturentwicklung, sofern das überhaupt zu trennen ist. Ich habe mich bloß gefragt, was etwa in diesen intensiven Habitus-Struktur-Reflexionsworkshops passieren würde, wenn zum Beispiel rassistische Strukturen personalisiert werden, was ja denkbar ist. Nachvollziehbarerweise werden bei der Selbstsozioanalyse eher eigene Diskriminierungen und dafür verantwortliche ‚Umgebungen' beziehungsweise Strukturen thematisiert, die den eigenen Habitus als weniger passend herausstellen. Dann entsteht ganz viel Solidarität, Verständnis für das eigene So-Sein und das von anderen, und auch Raum für intersektionale Wahrnehmungen, die mir sehr ähnlich zu den von Mike beobachteten zu sein scheinen. Und es werden Überlegungen zu Strukturhomologien von Diskriminierungsdimensionen auch auf subjektiver Ebene angestellt („Da hab' ich das Gleiche erlebt, wie du, auch wenn ich keinen ‚Migrationshintergrund' habe."). Das kann dann auch zu Verharmlosung beziehungsweise zur Weißwaschung beitragen. Denn trotz des quantitativ und qualitativ überwältigenden Feedbacks zu diesen Selbstsozioanalysen lässt sich in einem Seminar mit 80 Leuten nicht in jeden Kopf reinschauen. Ich weiß nicht, was da passiert bezüglich *shame* oder *shaming*. Ich würde das nie zum Konzept erheben, würde aber aufgrund der so positiven Erfahrungen auch nicht auf diese Seminare verzichten.

Was zudem die Analyse von Studienberatungsgesprächen und andere Beobachtungen zeigen, ist die von Mike benannte Individualisierung und Psychologisierung, wie sie mit der Komplizenschaft von Leistungsmythos und der Idee der Chancengleichheit einhergeht. Letztere möchte ich als Konfliktbearbeitungsmöglichkeit nicht diskreditieren, aber die Habitus-Struktur-Reflexivität und entsprechende Seminare zeigen, dass eine De-Individualisierung respektive ‚Rekollektivierung' des subjektiv empfundenen Konfliktes sehr wohl nicht nur politische Strukturen fokussiert, sondern auch auf der Subjektebene eine emanzipatorische Wirkung hat, weil diese Art der Analyse eine Selbstattribuierung von vermeintlichem Versagen mindert und auch so etwas wie ein Kohärenzgefühl vermittelt.

JH: Um nochmal auf die Schamfrage zurückzukommen: Die Diskussion um ‚negative' Gefühle wurde in letzter Zeit ja auch mit Bezug zu queerer Politik

intensiv geführt, wenn auch anders gelagert. Es wurde etwa diskutiert, wie sich Formen der Mobilisierung oder Anteilnahme ändern, wenn statt des inzwischen teils homonationalistisch anmutenden Fokus auf ‚pride' Gefühle wie Scham ins Zentrum gestellt werden – wobei es hier zunächst um die Gefühle der Marginalisierten selbst geht, die auch in Lars' Beitrag anklangen. Diese und andere aktuelle Debatten rund um Emotionen und Affekte zeigen, denke ich, dass Gefühle durchaus konstitutiv für politische Prozesse sein können, und sie inhaltlich-diskursive Auseinandersetzungen nicht nur als deren sekundäre Effekte begleiten. Auch die Empathie, die Nghi ins Spiel gebracht hat, ist ja ein durchaus problematisches Gefühl, das Grenzziehungen befördern und etwa in kolonisierenden Formen der ‚Entwicklungshilfe' mobilisiert werden kann – auch wenn es in anderen Fällen, wie von Nghi angesprochen, zu Übernahme von Verantwortung führen kann. Mit einer normativen Setzung von Scham als politisch notwendiges Gefühl habe ich aber – sowohl hinsichtlich ‚*gay shame*' als auch hinsichtlich der Scham weißer Menschen – ebenso wie Nghi Schwierigkeiten. Inwiefern könnten in Auseinandersetzungen mit den eigenen rassistischen Verstrickungen auch andere Affekte eine Rolle spielen? Ich denke hier etwa an Traurigkeit beim Erfahren nicht (direkt) überwindbarer Grenzen zwischen Menschen, aber auch an Humor (wenn mich eine Freundin of Colour als ‚Kartoffelfreund' bezeichnet), oder vielleicht sogar ein erleichterndes Gefühl, das sich beim Ablegen verklärender Masken einstellen kann. Oft vermischen sich verschiedene Gefühle ja auch.

Ngubias Überlegungen zu Scham schließen, denke ich, an die eingangs thematisierten Abwehrreaktionen und De-Thematisierungsstrategien an. Hier sehe ich einen großen Bedarf der Auseinandersetzung. Um auf die Frage der Selbstreflexion zurückzukommen: Ich erlebe unter weißen Kolleg_innen immer wieder, dass Hinweise auf eigene Verstrickungen in Rassismus als Vorwurf persönlicher Verfehlung aufgefasst und direkt abgewehrt werden. Damit wird die Schaffung von vertrauensvollen und solidarischen Räumen, in denen eine gemeinsame Auseinandersetzung stattfinden kann, fast unmöglich. Zugleich könnte vielleicht eine vielfältigere Gefühlslandschaft – über Scham hinaus – durch intersektionell oder transversal verstandene politische Prozessen befördert werden, wo es neben der Thematisierung der Privilegien bestimmter Gruppen auch um die Formulierung gemeinsamer Kämpfe geht. Bei Transversalität denke ich etwa daran, dass beispielsweise neben rassifizierten auch queere und Transpersonen oder Menschen mit Behinderung von biologistischen und Rasse-Diskursen betroffen sind (besonders deutlich im Diskurs der ‚Entartung'). Und bezüglich der Hochschulpolitik: Könnten wir vielleicht nochmal auf Mikes Überlegungen zur gleichzeitigen – wenn auch unterschiedlichen – Betroffenheit verschiedener Subjekte durch die Ökonomisierung zurückkommen?

ENK: Danke, Nghi und Jan für eure Darstellungen, die mich dazu anregen, meine Argumentation noch etwas weiter zu schärfen. Ich denke tatsächlich nicht, dass Scham ein pädagogisches Ziel in individuellen Interaktionen sein sollte, und außerdem bedeutet das Fühlen von Scham nicht automatisch, dass *weiße* Leute sich deswegen notwendigerweise contra-rassistisch engagieren würden. Andererseits bin ich sehr wohl der Überzeugung, dass zu den psychologischen Prozessen, die sich dabei abspielen, wenn *weiße*

Personen mit ihren eigenen Privilegien konfrontiert werden, unter anderem Scham-, Angst- und Schuldgefühle zählen. Dies stellt meiner Meinung nach eines der Haupthindernisse für eine tiefergehende Selbst-Analyse von Privilegien dar und folglich dafür, eine klare Haltung gegen Rassismus einzunehmen. Nur weil eine Person sich schuldig fühlt, heißt das nicht, dass sie sich antirassistisch verhalten wird, überhaupt nicht. In Wirklichkeit trägt die Scham-Schuld-Angst-Konstellation lediglich dazu bei, dass psychologische Abwehrmechanismen ausgebildet werden, wie eben Verleugnung, Eskapismus (Realitätsflucht), oder auch Projektionen, was auch die oben von Jan erwähnte Entsolidarisierung mit einschließt. In der letzten Zeit denke ich viel über die Rolle von Liebe beim Reflektieren über Diskriminierungen nach. (Ich weiß, das klingt hier vielleicht etwas utopisch, und meine Gedankenprozesse sind noch relativ roh und unvollständig, aber lasst bitte Gnade walten – ich werde dennoch ein, zwei Worte dazu teilen). Ich denke nicht, dass das Ziel antidiskriminierender Arbeit darin bestehen sollte, Gefühle von Scham bei denen hervorzurufen, die sich diskriminierend verhalten. Vielmehr denke ich, dass antidiskriminierende Arbeit stattdessen helfen sollte, Überzeugungen zu schaffen beziehungsweise zu festigen, die von Herzen kommen, und nicht ein bloß logisches Wissen und Handeln, das dann manchmal oberflächlich bleibt.

„Alle scheinen gegen etwas zu kämpfen, aber niemand kämpft
für Verbundenheit, dafür sich untereinander zu verstehen,
dafür sich gemeinsam vorwärts zu bewegen –
und wir müssen Diskriminierung gemeinsam bekämpfen.“

Beispielsweise habe ich während meiner Arbeit an der Humboldt-Universität beobachtet, wie viele *weiße* Student_innen sich contra-rassistisch engagieren. Meistens aufgrund von Schuld- und Schamgefühlen (denke ich zumindest), zusammen mit einer neoliberalen Motivation/Überzeugung von Gleichberechtigung. Damit will ich nicht sagen, dass ihre Intentionen unaufrichtig seien, überhaupt nicht. Nein, ganz im Gegenteil denke ich, dass sie einen wichtigen Beitrag geleistet haben und leisten, indem sie ihre *weißen* Privilegien für contra-rassistische Arbeit nutzen. Allerdings habe ich nach und nach auch bemerkt, dass viele dieser Student_innen gar nicht wissen, *warum* und *wofür genau* sie eigentlich kämpfen. Und Diskriminierungen sind so komplex und vielschichtig, dass eine aufrichtige Überzeugung von Herzen und eine Wertschätzung für die Menschen, die Individuen, die sie meinen zu unterstützen, wirklich notwendig wäre, um durch diese stürmischen Fahrwasser navigieren zu können. Alle scheinen gegen etwas zu kämpfen, aber niemand kämpft für Verbundenheit, dafür sich untereinander zu verstehen, dafür sich gemeinsam vorwärts zu bewegen – und wir müssen Diskriminierung gemeinsam bekämpfen. Was ich stattdessen wiederholt beobachtet habe, sind viele interne Konflikte innerhalb und außerhalb der Personengruppen, die andernfalls große politische Veränderungen hätten bewirken können.

Wofür kämpfen wir? Liebe ist eine größere Motivation für Veränderung als Angst. Scham wird keine gute Motivation sein, sondern lediglich zu mehr Isolation führen. Aber wie können wir über die Scham hinauswachsen und stattdessen eine reflektierte Kommunikation eröffnen, ohne dabei unehrlich zu sein? Wie kann Liebe eine Motivation und Verbundenheit ein Ziel sein? Darüber denke ich nach.

ML: Damit kann ich sehr viel anfangen, Ngubia. Ich habe selbst schon häufiger über die politische Bedeutung von Liebe in queerem *community building* nachgedacht und auch darüber geschrieben. Eine Erkenntnis, die daraus für mich resultierte ist, dass Liebe nicht spontan entsteht (Liebe sei hier verstanden als relationale Affektion, nicht als individualisiertes Gefühl). Sie braucht entsprechende Bedingungen, und dasselbe gilt für die mit Liebe einhergehende Bereitschaft und den Wunsch, sich füreinander zu öffnen und miteinander zu verbinden. Für mich schließt sich hier wieder der Bogen zum Problem der Ökonomisierung der Hochschulen, das Jan nochmals angesprochen hat. Es ist unverzichtbar, dass wir die Reproduktion von Rassismus, Klassenverhältnissen und männlicher Dominanz auf der alltäglichen Interaktions- und Kommunikationsebene der Universität verstehen und thematisieren. Und dass wir folglich auf dieser alltäglichen Ebene Gegenstrategien entwickeln, sodass sich die individuellen und kollektiven Handlungsräume erweitern, durch die Reproduktionsweisen von Herrschaft gestört, unterlaufen, unterbrochen werden können.

Allerdings halte ich es parallel dazu für genauso unverzichtbar, die materiellen und institutionellen Strukturen zu problematisieren und zu verändern, innerhalb derer sich wissenschaftliche Communitys und das soziale Innenleben der Universitäten praktisch konstituieren. Die Ökonomisierung der Hochschulen ist ja nicht bloß ein abstrakter Prozess der Rationalisierung und Verwertung kognitiver und affektiver Arbeit, sondern sie ist zugleich eine soziale Technologie, welche eine Neuzusammensetzung der Sprache und der Sozialität der Universität vornimmt. Die Umstrukturierung von Zeit und Raum wissenschaftlichen Arbeitens (Stichwort Entgrenzung von Arbeit und Leben), der stetig wachsende Ausbau prekärer und befristeter Beschäftigungsverhältnisse und die zugespitzte Konkurrenz um den immensen staatlich forcierten Mangel an Stellen und Ressourcen produzieren die Universität als sozialen Raum, der affektiv mit Existenzängsten, Frust, Unsicherheit, Überforderungsgefühlen, Versagensangst, Neid und dergleichen mehr aufgeladen ist. Die neoliberale Hochschule legt ihren Subjekten nahe, eine Strategie individualisierter Bewältigung zu entwickeln, um die hiermit einhergehenden Verletzungen, Überforderungen und negativen Gefühle zu managen. Dies ist ja insofern konsequent, als dass wissenschaftliche Laufbahnen unter den gegebenen Bedingungen insgesamt nicht kollektiv organisiert sind, sondern als individuelle Karrieren angelegt werden.

„Die Ökonomisierung der Hochschulen ist ja nicht bloß ein abstrakter Prozess der Rationalisierung und Verwertung kognitiver und affektiver Arbeit, sondern sie ist zugleich eine soziale Technologie, welche eine Neuzusammensetzung der Sprache und der Sozialität der Universität vornimmt.“

Phänomene wie der *corporate feminism* zeigen, dass Subjekte, die von struktureller Benachteiligung betroffen sind, durchaus geneigt sein können, auf diesen Zug aufzuspringen und sich noch als treibende Kräfte vor den Karren der neoliberalen Universität und ihrer meritokratischen Ideologie vom Aufstieg durch individuelle Leistung spannen lassen. Das Grundprinzip, nach dem wissenschaftliche Subjekte zueinander ins Verhältnis gesetzt werden, nämlich Konkurrenz um künstlich verknappte Positionen und Ressourcen, wird damit nicht infrage gestellt. Und somit wird der Blick auch gegenüber der Tatsache verschlossen, dass Konkurrenz in der neoliberalen

Hochschule herrschaftsförmig bearbeitet wird. Rassistische und klassistische Selektionsmechanismen einerseits und die Kultur und Sozialität einer zunehmend kompetitiveren, undemokratischeren und sozial segregierten Institution andererseits, stützen sich hierbei wechselseitig. Ich halte es daher für wichtig, dass die Diskussionen um die Ökonomisierung und Prekarisierung von Wissenschaft sowie die Debatte um institutionellen Rassismus, Klassismus und männliche Dominanz stärker zusammen geführt werden als dies gegenwärtig nach meiner Wahrnehmung geschieht.

JH: Encarnación, Ngubia, Lars, Mike, Nhgi, vielen Dank für diesen anregenden Austausch!

Englische Kommentare von Encarnación Gutiérrez-Rodriguez und Emily Ngubia Kessé wurden von Katharina Krämer übersetzt. Die Moderation und redaktionelle Überarbeitung hatte Jan Hutta.

Endnoten

[1] Siehe dazu Gutiérrez Rodríguez (2016), Ha (im Ersch.), Kuria [Kessé] (2015), Laufenberg (2016) und Schmitt (2010).

[2] BPoC steht für Black People und/oder People of Colour (Anm. d. Redaktion).

[3] Meritokratie (von lat. ‚meritum' = das Verdienst) bezeichnet eine bürgerliche Herrschaftsform und ein Gerechtigkeitsverständnis, das auf der Formel ‚Intelligenz/Fähigkeiten + Leistung = Erfolg' basiert.

Beteiligte

Encarnación Gutiérrez-Rodriguez ist Soziologin mit den Schwerpunkten queer-feministische Theorie, Gesellschaftstheorie, dekoloniale Perspektive und kritische Migrations- und Rassismusforschung.
E.Gutierrez-Rodriguez@sowi.uni-giessen.de

Kein Nghi Ha ist promovierter Kulturwissenschaftler und Herausgaber des Dossiers Geschlossene Gesellschaft? Exklusion und rassistische Diskriminierung an deutschen Universitäten (Heinrich Böll Stiftung 2016).

Jan Hutta ist Geograph und beschäftigt sich mit räumlichen Formationen von Macht und Citizenship sowie queeren Politiken, u. a. im brasilianischen Kontext.
hutta@gmx.net

Emily Ngubia Kessé beschäftigt sich mit Machtverhältnissen und Normen mit Rassismus_Sexismus in Bildung, mit Epistemologie und Wissensentstehung, Neurowissenschaften und Gender Studies.
e.ngubia.kesse@hu-berlin.de

Mike Laufenberg ist Soziologe und arbeitet schwerpunktmäßig zu gesellschaftlichen Reproduktionsverhältnissen, Care-Arbeit, Wissenschaftsforschung und queerfeministischer Sozialtheorie.
mike.laufenberg@tu-berlin.de

Lars Schmitt forscht zu Politischer Soziologie und Konfliktforschung mit Fokus auf Bildungs- und Beratungssoziologie, vor allem mit Blick auf Partizipation und soziale Ungleichheit.
lars.schmitt@hs-duesseldorf.de

Literatur

Amjahid, Mohamed (2011): Kritische Übergänge. Hürdenläufe internationaler StudienbewerberInnen und AbsolventInnen. Dossier der Böll-Stiftung. http://www.migration-boell.de/web/integration/47_2786.asp (letzter Zugriff am 25.10.2016).

Harris, Cheryl I. (1993): Whiteness as property. In: Harvard Law Review 106 (8), 1707-1791.

Eickhoff, Verena / Schmitt, Lars (2016): Herausforderungen hochschulischer Diversity-Politik. Für einen reflexiven, differenz- und ungleichheitssensiblen Umgang mit einem deutungsoffenen Phänomen. In: Karim Fereidooni / Antonietta P. Zeoli (Hg.), Managing Diversity. Die diversitätsbewusste Ausrichtung des Bildungs- und Kulturwesens, der Wirtschaft und Verwaltung. Wiesbaden: Springer VS, 199-228.

Eribon, Didier (2016 [2009]): Rückkehr nach Reims. Berlin: Suhrkamp.

Gutiérrez-Rodríguez, Encarnación (2016): Sensing dispossession. Women and gender studies between institutional racism and migration control policies in the neoliberal university. In: Women's Studies International Forum 54: 167-177.

Ha, Kien Nghi (im Ersch.): Einleitung. Kein machtfreier Raum – Warum institutioneller Rassismus im Hochschulsystem ein großes Thema ist. Dossier ‚Geschlossene Gesellschaft'. https://heimatkunde.boell.de/geschlossene-gesellschaft-universitaet. (letzter Zugriff am 28.10.2016)

Kilomba, Grada (2008): Plantation Memories. Episodes of Everyday Racism, Münster: Unrast.

Kuria, Emily Ngubia (2015): eingeschrieben. Zeichen setzen gegen Rassismus an deutschen Hochschulen. Berlin: w_orten & meer.

Laufenberg, Mike (2016): Soziale Klassen und Wissenschaftskarrieren. Die neoliberale Hochschule als Ort der Reproduktion sozialer Ungleichheiten. In: Nina Baur / Cristina Besio / Maria Norkus / Grit Petschick (Hg.), Wissen – Organisation – Forschungspraxis. Der Makro-Meso-Mikro-Link in der Wissenschaft. Weinheim und Basel: Beltz Juventa, 580-625.

Lee, Jenny J. (2007): Neo-racism towards international students. About Campus Jan./Feb.,

28–30.

Lee, Jenny J. / Rice, Charles (2007): Welcome to America? International student perceptions of discrimination. In: Higher Education 53, 381–409.

Puwar, Nirmal (2004): Space invaders. Race, gender, bodies out of place. Oxford: Berg.

Schmitt, Lars (2010): Bestellt und nicht abgeholt. Soziale Ungleichheit und Habitus-Struktur-Konflikte im Studium, Wiesbaden: Springer VS.

Schmitt, Lars (2015): Studentische Sozioanalysen und Habitus-Struktur-Reflexivität als Methode der Bottom-Up-Sensibilisierung von Lehrenden und Studierenden. In: Rheinländer, Kathrin (Hg.), Ungleichheitssensible Hochschullehre. Positionen, Voraussetzungen, Perspektiven. Wiesbaden: Springer VS, 197-217.

Race, Class and Gender at German Universities: A Provocative Round-Table Discussion

While there has been an ongoing discussion on gender at German universities, an engagement with racist structures has remained marginal. Likewise, class relations are commonly not included under labels like 'equity' and 'diversity', although they have still continued to impact the higher-education system after the reforms of the 1970s. What are the relations between the (lacking) engagement with racism and discussions of gender and class? What are the effects of the increasingly competitive regulation of universities regarding specific power formations and democratic processes? And which practical coping strategies and forms of political intervention can be developed from different positions of marginalisation? Jan Hutta has discussed these questions with five researchers who have published a number of studies and analyses on these issues.